



Protokoll

**40. und 41. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 12. Juli 2021, 18:00 Uhr bis 20:31 Uhr
Stadthofsaal, Theaterstrasse 1, 8610 Uster**

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Weisung 69/2021 des Stadtrates: NPM-Jahresbericht 2020
- 4 Weisung 75/2021 des Stadtrates: Jahresrechnung 2020
- 5 Weisung 74/2021 der Sekundarschulpflege: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2020
- 6 Kenntnisnahmen

Präsenz

Vorsitz	Anita Borer (SVP), Präsidentin
Protokoll	Daniel Reuter, Ratssekretär
Anwesend	33 (ab 18:10 Uhr 34) Ratsmitglieder
Stadtrat	Barbara Thalmann, Stadtpräsidentin Dr. Cla Reto Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Stefan Feldmann, Abteilungsvorsteher Bau (ab 18:12 Uhr) Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung (ab 18:35 Uhr) Dr. Petra Bättig, Abteilungsvorsteherin Soziales (ab 18:52 Uhr) Jean-François Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit Karin Fehr Thoma, Abteilungsvorsteherin Gesundheit (ab 18:12 Uhr) Pascal Sidler, Stadtschreiber
Sekundarschulpflege	Benno Scherrer, Präsident (ab 20:12 Uhr) Margrit Bucher-Heer, Finanzdelegierte
Entschuldigt	Rolf Denzler (SVP) ab 20:21 Uhr bei TOP 4 Markus Ehrensperger (SVP) Vizepräsident Patricio Frei (Grüne) Ulrich Schmid (CVP) ab 20:21 Uhr bei TOP 4
Ausschluss	Rolf Denzler (SVP) und Ulrich Schmid (CVP) bei TOP 4
Verspätet	Balthasar Thalmann (bis 18:10 Uhr ab TOP 2)
Verwaltung	Andreas Baumgartner, Kommandant Stadtpolizei Anita Bernhard, Abteilungsleiterin Gesundheit Monika Füllemann, Leiter-Stellvertreterin Parlamentsdienst Enrico Quattrini, Abteilungsleiter Sicherheit Hans Ulrich Salchli, LG-Leiter Organisation und Controlling Patrick Wolfensberger, Abteilungsleiter Finanzen Christian Zwinggi, Abteilungsleiter Präsidiales
Gäste	Simon Berger („Gemeinderat Nr. 37“)
Presse	Laura Hertel, AvU

Die Präsidentin begrüsst die Medienleute und Gäste.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratssekretär.

Änderung Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Fraktionserklärungen

Für die FDP/CVP-Fraktion verliest **Jürg Krauer** (FDP) folgende Fraktionserklärung: *Nach drei Jahren Stadtrat mit rot-grüner Mehrheit und bereits zwei roten Jahresabschlüssen haben wir es nun schwarz auf weiss: Die Party soll ungebremst weitergehen trotz Corona-Kater.*

Keine Spur von Zurückhaltung, keine Spur von Priorisierung, keine Spur von Verzicht, keine Spur von Einsicht! Die bestehenden Projekte sollen umgesetzt werden, koste es was es wolle. Und die neuen Projekte kommen noch oben drauf. So liest man es in der Antwort auf unsere Anfrage und reibt sich die Augen.

Die gesalzene Rechnung für dieses Wunschkonzert bekommen die Steuerzahler und die Steuerzahlerinnen! Ganze 7 und mehr Steuerprozent soll dieser Spass kosten, um keine weitere Verschuldung in Kauf zu nehmen. Und wie gesagt, die neuen Ideen, Projekte und «Visionen» kommen noch oben drauf: 25 Mio. CHF pro Jahr für die Klima-Massnahmen, die Neugestaltung des Stadtzentrums inkl. Bahnhofzentrum. In weiterer Zukunft die CHF 20 Mio. (oder mehr!) für das Kulturzeughaus und neuer Schulraum ist auch geplant. Die Schulden werden weiter ansteigen und die Abschreibungen werden unsere Rechnung Jahr für Jahr belasten.

Das Wahlversprechen der Stadtpräsidentin, dass die Steuern nicht erhöht werden sollen, war bekanntlich bereits nach nicht einmal 2 Jahren Makulatur. Heute hat man scheinbar resigniert und es wird nicht einmal mehr im Ansatz versucht dem steten Ausgabenwachstum entgegenzutreten.

Mit der Antwort des Stadtrates zu unserer Anfrage 636/2021 zeigt sich, dass dieser selbst offenbar nicht gewillt ist, die steigenden Kosten in den Griff zu bekommen und das Investitionsvolumen zu etappieren. Fast in jeder Antwort wird die Budgetverantwortung auf den Gemeinderat abgeschoben. Dabei läge es in der Verantwortung des Stadtrats als Exekutive, für ein ausgewogenes Budget zu sorgen und die verrückt gewordenen Gemeinderatsmehrheiten in die Schranken zu weisen!

Selbstverständlich trägt der Gemeinderat in Bezug auf die Ausgaben und die Investitionsplanung eine Mitverantwortung, doch die langfristige Strategie und Investitionsplanung kann der Stadtrat nicht delegieren. Hier ist es schlicht ungenügend, immer wieder auf den «normalen Polit- und Budgetprozess» zu verweisen. Dem Stadtrat ist natürlich klar, dass mit dem System des Globalkredits die Budget-Blackbox vom Gemeinderat kaum durchschaut werden kann und substanzielle Budgetkorrekturen kaum möglich sind. Irgendwie bekommt man so das Gefühl, dass die Beschlüsse der Ratsmehrheit dem Stadtrat gerade gelegen kommen. Wer baut nicht gerne mit Geld, das er nicht selber verdienen musste?!

«Sparen» lässt sich politisch eben schlecht vermarkten und eine Schuldenbremse verdirbt die fröhliche Partystimmung.

Diese Antwort des Stadtrates lässt uns bedenklich und bereitet uns grosse Sorgen. Wir fordern den Stadtrat auf, seine Führungsrolle in der Finanz- und Investitionsplanung endlich ernst zu nehmen und mit Weitblick für eine ausgeglichene Finanzlage zu sorgen.

In der jetzigen Antwort bleibt der Stadtrat vage und verweist auf das kommende Budget. Dieses wird uns in zwei Monaten vorliegen. Dort ist er zu konkreten Zahlen gezwungen. Wir sind gespannt, aber wenig optimistisch.

Persönliche Erklärungen

Ulrich Schmid (CVP) verliest folgende Erklärung: *Aus der «CVP Uster» wird «Die Mitte Stadt Uster». Ja, Sie haben richtig gehört. Die CVP Uster hat den Schritt zum neuen Parteinamen am letzten Donnerstag vollzogen. Was in Bern vor einiger Zeit begann, dann über den Kanton Zürich bis zum Bezirk Uster folgte, ist nun auch in Uster Tatsache. Es gibt nun auch in Uster die Partei «Die Mitte». Bei uns in Uster kam es jedoch leider zu keinem Zusammenschluss mit der BDP und entsprechend auch nicht zu einem Mitgliederzuwuchs, da sich diese Partei im letzten September aufgelöst hat. [vergleiche Seite 869]*

Unsere Schwerpunktthemen pflegen und treiben wir auch in Uster voran. Für die Themen Gesundheit, zugänglich und bezahlbar für alle; Sozialwerke, solidarisch und fair; eine nachhaltige Wirtschaft, die wächst und gerecht ist; eine Aussenpolitik, die vernetzt und souverän ist; eine Migration, die menschlich und bestimmt ist und ein Klima und eine Umwelt, die innovativ und respektvoll wachsen, für all diese Themen wollen wir für die Einwohnerinnen und Einwohner von Uster ein kompetenter Partner sein.

Die Parteien der bisherigen Mitte-Fraktion von Uster verzeihen mir an dieser Stelle sicher die Beanspruchung des Begriffs «Die Mitte». Ich bin davon überzeugt, dass wir in Uster sicher eine gute, neue Namenslösung finden werden. Als CVP Uster wollten wir der CVP der Schweiz nicht «widersprechen». Eine gewisse Innovation, eine Schärfung der Themen und ein Aufbruch zu neuen Taten ist sicherlich auch bei unserer Partei angebracht. (...)

Präsidentin **Anita Borer** (SVP): *Ihre Redezeit ist abgelaufen. Kommen Sie bitte zum Schluss!*

Ulrich Schmid (CVP): *(...) Als Partei «Die Mitte Stadt Uster» sind wir auf die vor uns liegenden Themen und die bereits bald wieder anstehenden Wahlen gespannt. Ich freue mich mit Ihnen weiterhin Politik für die Stadt Uster zu betreiben, ab jetzt einfach mit einem neuen Namen.*

Peter Müller (FDP) verliest folgende Erklärung: *Als wir in diesem Rat über den erarbeiteten Massnahmenkatalog [GRB 15.3.2021: Weisung 73/2021] gesprochen haben, haben wir erfahren, dass die Kosten für die Umsetzung der Massnahmen nicht bekannt sind und eine Priorisierung der einzelnen Massnahmen oder Handlungsfelder deshalb nicht möglich ist. Wir haben deshalb die Anfrage 633/2021 eingereicht, um dem Stadtrat die Möglichkeit zu bieten einen Weg aufzuzeigen, wie wir vom aktuellen Massnahmenkatalog zu einem effektiven Plan kommen können. Diese Chance wurde leider nicht genutzt. Schlimmer noch. Es scheint aufgrund der Antworten schlicht das Verständnis zu fehlen, dass man Dinge auch priorisieren muss, um einen zielführenden politischen Dialog zu führen und dies auch kann, wenn man noch nicht alle Details kennt. Unsere Kritik, wie man sie im AvU lesen konnte fiel deshalb äussert scharf aus und ist in dieser Form unseres Erachtens auch berechtigt (keine Einsicht, hohes finanzielles Volumen). In dem erwähnten Artikel sind unsere Voten aber etwas undifferenziert mit den Anliegen der "Klimajugend" in Form einer Pauschalkritik vermischt worden und sie standen neben dem Bild mit der Aufschrift "Euer Plan ist Scheisse". Sowohl die Forderungen wie auch die Wortwahl der Klimajugend teilen wir nicht und wir möchten uns klar davon distanzieren. Es entspricht nicht im geringsten dem Geist unserer Anfrage. Wir möchten deshalb nochmals festhalten: Die gemachte Arbeit, die zum vorliegenden Massnahmenkatalog geführt hat, erachten wir als ein solide Analyse-Arbeit, auf der aufgebaut werden kann. Sie entspricht zudem in weiten Teilen den Anliegen, die wir mit unserem Postulat 558/2019 "Nachhaltigkeitsbericht" eingebracht haben. (...)*

Präsidentin **Anita Borer** (SVP): *Ihre Redezeit ist abgelaufen. Kommen Sie bitte zum Schluss!*

Peter Müller (FDP): *(...) Wir rufen deshalb den Stadtrat erneut auf, die Aufwandschätzung der einzelnen Massnahmen vorzunehmen. Nur so werden wir als Gemeinderat auch die Möglichkeit haben einzelne Budget- und Investitionsanträge daraus bewerten und beurteilen zu können. Ansonsten würde es nur unserem Verantwortungsbewusstsein entsprechen, isolierte Einzelanträge daraus abzulehnen, bis wir einen Gesamtplan vorliegend haben.*

1 Mitteilungen

Folgende Stadtratsmitglieder werden heute verspätet erscheinen: Stefan Feldmann, Karin Fehr Thoma, Petra Bättig und Patricia Bernet.

Nach den jüngsten Bundesratsbeschlüssen gilt: Die Abstandsregeln sind weiterhin einzuhalten. Es gilt die jeweilige Beschränkung der Personenzahl und zwischen den Personen muss ein Mindestabstand von 1,5 Metern eingehalten werden. Neu besteht im Sitzen keine Maskenpflicht mehr.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 39. Sitzung des Gemeinderates vom 14. Juni 2021 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 GeschO GR als genehmigt.

3 Weisung 69/2021 des Stadtrates: NPM-Jahresbericht 2020

Gemeinsame Behandlung mit TOP 4 (Weisung 75/2021).

3.1 Allgemeine Diskussion Geschäftsfelder (GF) inklusive Investitionen

Der Abteilungsvorsteher Finanzen, Stadtrat **Dr. Cla Reto Famos**, referiert: *Die Jahresrechnung 2020 der Stadt Uster weist einen Aufwandsüberschuss von 5,6 Millionen Franken aus. Das ist 2,5 Millionen schlechter als ursprünglich budgetiert, aber 3,4 Mio. besser als das Budget inklusive COVID-19-Nachtragskredit. Die Pandemie und der zweimonatige budgetlose Zustand waren die beiden prägenden Faktoren in diesem wohl historischen Jahr.*

Globalkredite: Die Globalkredite schliessen gesamthaft mit 141,2 Mio. Franken ab. Der beantragte Nachtragskredit von 5,9 Mio. Franken im Zusammenhang mit der Pandemie wurde nicht ganz ausgeschöpft, auch wenn einzelne Bereiche coronabedingt Mehraufwendungen und Mindereinnahmen verzeichnen mussten (z.B. Hallenbad, Stadthofsaal, Heime und öffentlicher Verkehr).

Investitionen: Die Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen liegen mit 31,6 Mio. Franken über dem budgetierten Wert. Die Realisierungsquote beträgt damit hohe 107,5 Prozent. Das ist v.a. auf den Baufortschritt beim Stadthaus West und dem Kunstrasen auf der Sportanlage zurückzuführen. Wir haben also viel investiert. Die Stadt Uster hat auch in den nächsten Jahren weitere grosse Investitionen vor. Vor dem Hintergrund der finanziellen Auswirkungen der Pandemie ist es wichtig, dass die Realisierung der Investitionen immer wieder geprüft und gegebenenfalls sowohl zeitlich als auch umfangmässig angepasst wird. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Investitionen der Stadt Uster realistisch und finanzpolitisch verträglich realisiert werden.

Selbstfinanzierung: Die Selbstfinanzierung betrug 15,4 Mio. Franken, leider ist das nur knapp die Hälfte der Nettoinvestitionen. Das Nettovermögen beträgt per Ende 2020 immer noch 17,2 Mio. oder 488 Franken pro Einwohner/in. Das Eigenkapital beträgt immer noch hohe 323,5 Mio. Franken. Hochrechnung 2021: Noch ein paar Worte zum laufenden Jahr: Unsere Hochrechnungen gehen für 2021 von einem Aufwandsüberschuss aus, der höher sein wird als budgetiert. Das ist insbesondere auf die Entwicklung im GF «Heime» zurückzuführen, die uns Sorgen macht. Der Stadtrat wird dem Gemeinderat in den nächsten Tagen einen Nachtragskredit von 4,3 Mio. Franken vorlegen für die GF «Heime» und GF «Sport». Mit der zweiten COVID-Welle Ende 2020 ist die Bettenbelegung in den Heimen Uster markant eingebrochen. Betrug sie 2020 im Jahresdurchschnitt 84,6 Prozent, sank sie allein zwischen Dezember 2020 und Januar 2021 von 80,7 Prozent auf 71,9 Prozent und stagniert seither auf tiefen Niveau. Daneben kämpft auch das GF «Sport» mit den Auswirkungen der zweiten COVID-Welle, so führte die Schliessung des Hallenbades für die breite Öffentlichkeit zu deutlichen Mindereinnahmen.

Auch andere Einnahmen werden zum Teil zurückgehen. Unsicherheiten bestehen beim Ressourcenzuschuss – aktuell geht der Stadtrat von tieferen Zahlen als budgetiert aus, auch wieder wegen der Pandemie. Aufgrund eines Verwaltungsgerichtsurteils dürfen zudem die Energieversorger keine Konzessionsabgaben mehr dem Kunden verrechnen (Benutzungsrecht für die Leitungen) dies führt zu Mindereinnahmen gegenüber dem Budget von 0,8 Mio. Franken. Auf der anderen Seite entwickeln sich glücklicherweise die Grundstückgewinnsteuern sehr erfreulich. Trotzdem geht der Stadtrat davon aus, dass in der Summe das Defizit auch 2021 höher als die budgetierten 5,6 Mio. Franken sein wird.

Fazit und weiterer Ausblick: Ich komme zum abschliessenden Ausblick: Das Defizit von 5,6 Mio. für das Jahr 2020 wird den finanzpolitischen Handlungsspielraum für die nächsten Jahre leider weiter einengen. Denn es ist nach dem Defizit von 7,6 Mio. Franken von 2019 das zweite in einer Folge von drei: wie eben erläutert wird auch 2021 mit grosser Sicherheit wie budgetiert wieder im Minus landen. Insbesondere die Erreichung des mittelfristigen Ausgleichs wird so für den Finanzhaushalt eine sehr grosse Herausforderung werden.

Die Stadt Uster verfügt glücklicherweise immer noch über ein sehr hohes Eigenkapital und auch über ein Nettovermögen und kann deshalb das letztjährige, wie auch das voraussichtliche Ergebnis 2021 verkraften. Aber ewig kann die Phase von hohen Investitionen, Aufwandsteigerungen in der laufenden Rechnung und Defiziten nicht weitergehen. Kurz- bis mittelfristig muss wieder von ausgeglichenen Ergebnissen ausgegangen werden können. Dies wird aber nur gelingen, wenn die Globalkredite in ihrer Gesamtsumme weiter stabil gehalten und die Investitionen auf einem machbaren Niveau gehalten werden können sowie die Steuereinnahmen inkl. Ressourcenzuschuss wieder auf das Niveau vor der Pandemie ansteigen. Der Stadtrat ist sich der Herausforderungen bewusst und hat auch schon einige Massnahmen zur Kostendämpfung eingeleitet. Er wird sich weiterhin für einen mittelfristig ausgeglichenen Finanzhaushalt einsetzen. Der Handlungsspielraum wird aber trotz der Steuererhöhung im letzten Dezember um 3 Steuerprozent weiterhin eingeschränkt bleiben. Dies v.a. aufgrund der Tatsache, dass Uster im kantonalen Finanzausgleich Empfängergemeinde mit plafonierten Einnahmen ist und dass Uster trotz Zentrumslasten über keinen Zentrumslastenausgleich verfügt wie z. B. Winterthur. Zu all dem kommen nun noch einige erheblichen Risiken, speziell erwähnt sei hier noch dasjenige im Zusammenhang mit dem Spital. Wenn das Spital auch 2021 ein Defizit schreiben würde, müsste die Stadt Uster u.U. ihre Beteiligung am Eigenkapital des Spitals im Wert berichtigen, also ausserplanmässige Abschreibungen vornehmen. Im äussersten Fall sind wir im Zweckverband bekanntlich sogar unbegrenzt nachschusspflichtig. Und falls nur noch eine weitere der verbliebenen 9 anderen Gemeinden austreten würde, käme die Beteiligung der Stadt Uster über 50% des Eigenkapitals, was dazu führen könnte, dass wir die Rechnung des Spitals u.U. in unsere eigene städtische Rechnung konsolidieren müssten. Bei einer Umwandlung des Spitals in eine Aktiengesellschaft könnten diese Risiken wesentlich vermieden werden, aber dazu braucht es zuerst eine Volksabstimmung. Uster wird sich also mit diesen Risiken sicher auch nächstes Jahr noch beschäftigen müssen.

Auf einen Nenner gebracht: Insgesamt kann man sagen, dass Uster immer noch in einer finanziell passablen Situation ist. Aber Uster muss seine Hausaufgaben machen, die Herausforderungen sind gross und die Risiken sollten nicht vernachlässigt werden.

Im des Stadtrates bedanke ich mich für die gute Zusammenarbeit und gebe das Wort zurück an die Präsidentin.

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Walter Meier** (EVP): *Die RPK hat die Jahresrechnung und den NPM-Jahresbericht an der Sitzung vom 5. Juli 2021 diskutiert. Wir nehmen den Verlust von 5.6 Mio. und die etwas knappe Selbstfinanzierung von rund 15 Mio. zur Kenntnis. Die Corona-Pandemie hat Spuren in der Jahresrechnung der Stadt Uster hinterlassen, aber nicht ganz so wie am 21. September 2020 vermutet, als der Gemeinderat den Nachtragskredit beschlossen hat. Damals wurde ein Nachtragskredit von 5.9 Mio. bewilligt. Rechnet man nämlich die budgetierten 3.1 Mio. Minus (ohne Nachtragskredite) und die ausserordentliche Abschreibung der 3-fach-Turnhalle zusammen, fehlen nur 0.4 Mio. Franken, welche es vom Nachtragskredit gebraucht hat. Ein Beispiel: Für die Primarschulpflege wurde ein Covid-Nachtragskredit von fast 1.6 Mio. bewilligt. Das Geschäftsfeld schliesst jedoch 1.5 Mio. besser als budgetiert ab - und dies ohne Nachtragskredit. Bei den Tagesstrukturen resultiert praktisch eine Punktlandung, allerdings liegen die Erträge rund 1,1 Mio. tiefer als budgetiert (während dem ersten Lockdown waren die Schülerinnen und Schüler zu Hause, d.h. es gab auch keine Einnahmen bei den Tagesstrukturen). Weil während des Lockdowns jedoch kein Essen einzukaufen war und aufgrund der Corona-Pandemie die prognostizierte Nachfragesteigerung nicht eintrat, liegen auch die Ausgaben fast 1,1 Mio. unter Budget. Erfreulich ist bei der Primarschule, dass die externe Sonderschulung rund 0.5 Mio. unter Budget liegt; was aber vor allem auf sinkende Fallzahlen und nicht auf Corona zurückzuführen ist. An dieser Stelle danke ich allen Mitarbeitenden der Stadt, der Sozialbehörde, der Primarschulpflege und der Sekundarstufe Uster für die gute Zusammenarbeit. Wir wurden ernst genommen und auch Fragen, welche frühere Mitglieder in der gleichen Kommission bereits einmal gestellt haben, wurden erneut beantwortet. Die Belegprüfung konnte wiederum mit dem Remote-Zugriff von zu Hause aus erledigt werden. Dazu folgende Bemerkungen:*

- Die Praxis in den verschiedenen Abteilungen bezüglich Klausuren und Weihnachtsessen scheint sehr unterschiedlich zu sein. Einige Abteilungen benötigen gar keine Klausuren, andere offenbar zwei pro Jahr. Zudem ist zumindest bisher nicht festgelegt, wie hoch das Budget für solche Anlässe sein darf. Die RPK fragt sich, ob nach einem exklusiven Essen auch noch der Grappa auf die Rechnung der Stadt gehört. An der RPK-Sitzung hat der Stadtrat signalisiert, die Situation vereinheitlichen zu wollen. Die RPK begrüsst diesen Schritt.
- Zumindes in einem Fall fragt sich die RPK, wie viel Führungs-Coaching es braucht, bis eine Führungskraft das Coaching nicht mehr braucht.
- Die Umstellung auf HRM2 fand im 2019 statt. Man kann im zweiten Jahr nach der Umstellung noch nicht erwarten, dass schon alles im richtigen Konto landet. In den meisten Abteilungen klappt es zwar fast reibungslos, in anderen Abteilungen gibt es durchaus noch Luft nach oben. Die RPK bleibt dran.

Die RPK hat auch den Bericht der BDO zur technischen Prüfung zur Kenntnis genommen. Die BDO empfiehlt, der Jahresrechnung zuzustimmen. Die RPK hat der Jahresrechnung einstimmig zugestimmt und empfiehlt dem Gemeinderat, das Gleiche zu tun.

Für die SP-Fraktion referiert **Angelika Zarotti** (SP): Aus Sicht der SP-Gemeindefraktion ist das Ergebnis der Globalbudgets erfreulich, welche ohne Berücksichtigung der Abschreibungen deutlich unter Budget abschliessen. Dies stellt der Budgetdisziplin des Stadtrates und der Verwaltung einmal mehr ein gutes Zeugnis aus. Insbesondere die Primarschule unterschritt ihr Budget mit 1,6 Millionen Franken deutlich, ein Zeichen, das mit den Mitteln haushälterisch umgegangen wird. Positiv zu würdigen ist zudem, dass die Realisierungsquote bei den Investitionen mit 107,5 Prozent sogar über Budget liegt. Der Stadtrat bemüht sich also, den im letzten Jahrzehnt angehäuften Investitionsberg kontinuierlich abzutragen und in die Zukunft unserer Stadt zu investieren.

Trotz Budgetdisziplin ist aber doch ein Minus zu verzeichnen. Dies ist einmal mehr auf negative Sonderfaktoren zurückzuführen: Einerseits betrifft dies die ausserplanmässige Abschreibung der temporären Dreifachturnhalle – die bekanntlich momentan als regionales Impfzentrum genutzt wird – in der Höhe von 2,1 Mio. Franken. Aber auch die Corona-Pandemie hat ihre Spuren in der Rechnung hinterlassen: wie im NPM-Jahresbericht nachzulesen ist, hätte ohne die Mehraufwendungen aufgrund der Corona-Pandemie in den Globalbudgets sogar ein Ertragsüberschuss von 0,68 Mio. Franken resultiert.

Das Ergebnis zeigt für die SP-Gemeinderatsfraktion ganz klar, dass die vom Parlament im letzten Dezember beschlossene Steuerfusserhöhung nötig war und nötig ist. Dank diesen zusätzlichen Mitteln können wir die Stadt gezielt weiterentwickeln, die auch aufgrund des Klimawandels nötigen Investitionen tätigen und die Auswirkung der Corona-Pandemie lindern. Ein Sparprogramm wäre gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten kontraproduktiv. Die Stadt muss und soll ihr hohes Dienstleistungsniveau aufrechterhalten und weiter in die Zukunft unserer Stadt investieren.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Barbara Schäufole-Keel** (SVP): Der Jahresabschluss 2020 der Stadt Uster bleibt ohne grössere Überraschungen. Der Bericht muss im Lichte der Covid-Pandemie gelesen werden. Welche als unwillkommener "Zufallsgenerator" den städtischen Haushalt vor Herausforderungen stellte und in Zukunft noch viel stärker stellen wird.

Dem Stadtrat von Uster kann attestiert werden, dass er mit einer Normalität agiert hat. Gleichzeitig liegt in diesem Verhalten aber auch der Hauptkritikpunkt, der der SVP Uster.

Der Stadtrat hat bei den Corona-Gegenmassnahmen zu zögerlich gehandelt und die Finanzen zu wenig in diese Richtung gelenkt. Dafür flossen die "normalen" Ausgaben weiterhin ungehindert und es waren keine Sparbemühungen des Stadtrates ersichtlich.

In der Zeitung konnte man von praktisch allen Gemeinden rundum lesen, dass die Exekutiven finanzielle Massnahmen ergriffen. Nur in Uster herrschte der normale finanzielle Alltag.

Ein gewisses Mass an Normalität tut in dieser Zeit allen gut. Aber die SVP Uster hätte ein deutlicheres Zeichen erwartet, dass der Stadtrat die finanziellen Folgen der Covid-Pandemie auch wirklich auf dem Radar hat. Diese werden erst in den folgenden Jahren so richtig auf die städtischen Finanzen durchschlagen. Das zu ignorieren ist gefährlich.

Umso wichtiger ist die Budgetierung für die kommenden Jahre. Der Gürtel muss enger geschnallt werden, auch wenn das dem rot/grünen Stadtrat und der linken Mehrheit im Gemeinderat gar nicht passen wird.

Ärgerlich sind Ausreisser wie die notfallmässige Abschreibung der Temporärhalle, die inzwischen als Impfzentrum in unerwartetem Glanz erstrahlt. Generell werden die Abschreibungen den städtischen Haushalt auch in den kommenden Jahren immer stärker belasten.

Etwas erfreulicher ist das jährliche leichte Minus der Oberstufe, das immerhin kleiner als budgetiert ausfiel. Es ist aber tolerierbar, beweist die Oberstufenpflege doch, dass man auch ein stabiles Budget durchaus einhalten kann.

Für die Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion referiert **Ivo Koller** (Grünliberale): *Das Notbudget, die Pandemie und weitere Sonderfaktoren machen die Jahresrechnung zu einer speziellen Jahresrechnung. Der hohe Aufwandüberschuss in der Höhe von 5.6 Mio. Franken schmerzt uns und trotzdem halten wir fest, dass es besser herausgekommen ist als erwartet. Wir attestieren dem Stadtrat, dass er in der stürmischen See das Schiff wenigstens einigermaßen auf Kurs halten konnte.*

Die geringeren Mittel aus dem Ressourcenzuschuss sind bedauerlich. Es zeigt jedoch auch auf, dass das Rückgrat unserer Wohnstadt am Wasser die Einwohnerinnen und Einwohner sind und die Abnahme des Steuersubstrats der juristischen Personen besser verkraftet werden kann also anderswo.

Die hohe Realisierungsquote bei den Investitionen und der Verzicht der Primarschule vom Nachtragskredit Gebrauch zu machen, nehmen wir erfreut zur Kenntnis. Ein Ärgernis ist und bleibt die Abschreibung der temporären Dreifachturnhalle in der Höhe von 2.1 Mio. Franken. Mehrfach hat die GLP das Projekt als einzige kritisch hinterfragt. Die Abweichungen in den Globalkrediten der Geschäftsfelder erscheinen nachvollziehbar. Im Gegensatz zu den Geschäftsfeldern Sport und Sicherheit, welche sich mit dem Ende der behördlichen Schliessungen erholen werden, bereitet uns die ungewisse Entwicklung in der Bettenauslastung in den Heimen grosse Bauchschmerzen. Ebenfalls Sorgen bereitet uns die beträchtliche Verschuldungsquote, auch wenn diese im Rechnungsjahr leicht gesenkt werden konnte.

Unter den gegebenen Umständen erscheint uns der Abschluss alles in allem als akzeptabel. Zweifellos wird es aber herausfordernd sein die finanzpolitischen Ziele auch zukünftig einzuhalten.

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Marc Thalmann** (FDP): *In unserer Medienmitteilung im April haben wir davon geschrieben, dass wir 2020 mit einem blauen Auge davon gekommen seien. Dies bezog sich aber nur auf die erwarteten Mehrkosten durch Corona.*

Die Auswirkungen der Pandemie schlugen sich nicht so stark auf die Finanzen der Stadt nieder, wie dies vor einem Jahr befürchtet werden musste. Wenn auch schlechter als andere Städte und Gemeinden, ist Uster insbesondere dank den (noch) starken Steuererträge der Individualsteuern, mitgetragen von den Erträgen aus den Grundstückgewinnen, im vergangenen Jahr besser dagestanden als erwartet. Zwar ist der Finanzausgleich stärker eingebrochen als vorgesehen, unter dem Strich blieben aber dennoch mehr als 3 Mio. Franken Mehreinnahmen.

Etwas zu verwundern mögen die wiederum tief ausgefallenen Quellensteuern. Seit zwei Jahren wird deren Aufarbeitung durch den Kanton erwartet, mit entsprechend zusätzlichen Einnahmen für die Stadt. Wann und in welcher Höhe effektiv sie zu erwarten sind, darüber ist in der vorliegenden Rechnung nichts zu erfahren – gespannt warten wir in diesem Punkt auf das kommende Budget. Wären die Sonderfaktoren der Pandemie nicht angefallen, hätte die Stadt Uster gar mit einer schwarzen Null rechnen können – auch ohne die damals in extremis abgelehnte Steuererhöhung. Natürlich ist aufgrund der besonderen Situation des vergangenen Jahres nicht abschliessend zu urteilen, aber schon alleine der Hinweis lässt darauf schliessen, dass grundsätzlich Sparpotential in der Erfolgsrechnung vorhanden wäre. Bei den der zu erwartenden mittelfristigen Auswirkungen der Pandemie ist der Stadtrat gefordert, die Aufwendungen der Erfolgsrechnung entsprechend anzupassen.

Die finanziellen Aussichten sind, bei diesem nach wie vor sehr hohen Investitionsvolumens, weiterhin nicht sonderlich gut. Der als positiv ausgewiesene Schuldenabbau von 10 Mio. Franken ist trügerisch. Die Reduktion der kurzfristigen Verbindlichkeiten um 30 Mio. Franken ging vollständig auf Kosten der Liquidität. Die langfristigen Schulden haben hingegen um weitere 20 Mio. Franken zugenommen. Betrachtet man den Selbstfinanzierungsgrad, so zeigt sich, dass dieser seit Jahren ungenügend ist. Wir haben es bereits gehört: 7-9 Steuerprozente wären alleine nötig, um die Verschuldung bis 2024 nicht weiter ansteigen zu lassen. Angesichts der in der Investitionsplanung eingestellten 300 Mio Franken bis 2035, ist ohne Gegensteuer ein finanzielles Fiasko nicht abwendbar.

Dabei gehen die vom Finanzvorstand erwähnten finanziellen Risiken des Spital-Zweckverbandes schon fast unter. Bei einem sich ändernden Zinsumfeld kann sich die heute tragbare Schuldenlast schnell zu einer schweren Hypothek entwickeln.

Wenn der Stadtrat seiner Aussage, für Uster einen soliden Finanzhaushalt zu erhalten, nachkommen will, muss er zeitnah einen Plan vorlegen, wie von der momentanen Schuldenpolitik wegzukommen ist. Da reichen die wohlgemeinten Aussagen des Finanzvorstandes – Uster habe zurzeit eine passable Finanzlage – nicht. Dieses Problem liegt in der Gesamtverantwortung des Stadtrats. Eine konsequente Reduktion der Ausgaben ist dabei genauso zwingend, wie eine realistische Planung der anstehenden Investitionen.

Der Stadtrat wie auch der Gemeinderat tun also gut daran, sämtliche künftigen Investitionswünsche gut und nachhaltig abzuwägen.

Für die Grüne-Fraktion referiert **Natalie Lengacher** (Grüne): *Die Stadt Uster hatte mit einem Defizit von 9 Mio. Franken gerechnet, nun schliesst die Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von 5,6 Mio. Franken. Das zeugt von einer guten Ausgabendisziplin.*

Das Finanzjahr 2020 war für die Stadt Uster aussergewöhnlich schwierig: Kaum waren die ersten Monate mit dem budgetlosen Zustand vorbei, folgte der Lockdown-Hammer: Die Schweiz machte dicht und es folgten unzählige Massnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, die teils bis heute gelten, – mit den entsprechenden finanziellen Auswirkungen auch für die Stadt Uster. So etwa durch Einbussen bei den Steuererträgen der juristischen Personen oder Mindereinnahmen bei Heimen, Liegenschaften und Sportanlagen. In einem solchen Jahr darf eine Abweichung von 5,6 Mio. auf ein Gesamtbudget von knapp 250 Mio. Franken als eine Punktlandung bezeichnet werden – das sind gerade einmal rund 2% Abweichung.

Das Ergebnis lässt darauf schliessen, dass der Stadtrat in einigen Positionen konservativ budgetiert hat. Nun kann er davon profitieren, beispielsweise von den Mehreinnahmen bei den Grundstückgewinnsteuern und bei den Steuern aus den Vorjahren. Der Steuerertrag hat 1,9 Prozent zugenommen, obschon der Ertrag der juristischen Personen coronabedingt deutlich abgenommen hat, nämlich minus 16,5 Prozent. Zu Buche schlug auch der tiefere Beitrag aus dem Finanzausgleich: da gab es 5 Mio. Franken weniger als budgetiert.

Die Globalkredite liegen 4,4 Mio. Franken über Budget, was sich aber grösstenteils durch die Abschreibungen erklären lässt. Allein die ausserplanmässige Abschreibung der temporären Dreifachturnhalle verursacht einen solchen von 2,1 Mio. Franken, was für deren Kritiker nur schwerverdaulich sein dürfte. Die Geschäftsfelder, die in der Verantwortung des Stadtrates liegen, schliessen sogar 5,8 Mio. Franken höher ab.

Ganz im Sinn der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ist, dass der Nachtragskredit von 5,9 Mio. im Zusammenhang mit der Pandemie nicht ausgeschöpft wurde. Unterschiedliche Signale gibt es von der Schuldenfront: Zwar konnte die Stadt die Schuldenlast um 10 Mio. auf 165 Mio. Franken reduzieren. Wegen der anstehenden Investitionen dürfte die Gesamtverschuldung unserer Stadt in den nächsten Jahren aber wieder zunehmen. Hier gilt es, kluge Investitionen für eine klima- und lebensfreundliche Stadt Uster der Zukunft zu planen.

Das Fazit der Grünen: Der Stadt Uster gelingt in einem schwierigen Jahr eine Punktlandung!

3.2 Geschäftsbericht Gemeinderat (Parlamentarische Dienste)

Für die Geschäftsleitung des Gemeinderats referiert Präsidentin **Anita Borer** (SVP), darum übernimmt der 1. Vizepräsident, Jürg Krauer (FDP), den Vorsitz: *Die Jahresrechnung 2020 des Gemeinderats schliesst wegen der Covid-19-Pandemie und der Verschiebung des Umbaus Stadthaus von 2020 auf 2022 unter Budget ab. Minderaufwand ist darum insbesondere bei den Konti für Vergütungen Behörden und Kommissionen, Anschaffung Büromöbel und –geräte sowie Anlässe/Veranstaltungen/Ausstellungen entstanden. Dem steht ein Mehraufwand in erster Linie für die Miete des Stadthofsaals für den Rat sowie seine Kommissionen und Fraktionen entgegen. Die Geschäftsleitung hat am 28. Januar 2021 unser Geschäftsfeld einstimmig genehmigt.*

3.3 Geschäftsbericht Stadtrat

GF Steuerung und Führung

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) referiert **Hans Denzler** (SVP): *Die schriftlich gestellten Fragen wurden uns termingerecht beantwortet. Am 22. Juni 2021 hat sich die Subkommission per Videokonferenz mit Barbara Thalmann und Pascal Sidler nochmals mündlich ausgetauscht.*

In der LG Stadtkanzlei und Rechtsdienst ist ein in der Vergangenheit zu hoch budgetierter Erlös durch Umstellung auf HRM2 noch drin, der in der Zwischenzeit im Budget 2021 korrigiert worden ist.

GF Personal: LG HRM, Personaldienst sind zusätzlich 40 Stellenprozent eingesetzt, zur Bewältigung der Arbeiten in der Lohnbuchhaltung. Dazu hat der Gemeinderat mit dem BU21 eine zusätzliche Stelle in der Lohnbuchhaltung zugestimmt.

Da der Stellenplan in der LG HRM/ Personaldienst erst per 1. Januar 2021 erweitert wurde, wurde die Stelle im 2020 „temporär“ besetzt.

LG Bürgerrecht: I 03 Z03 der Kostendeckungsgrad von 85 % konnte im Jahr 2020 nicht erreicht werden, da weniger Einbürgerungsgesuche eingereicht worden sind. Im Durchschnitt wird über 5 Jahre eine Kostendeckung angestrebt. Als Information hat uns Pascal Sidler noch mitgeteilt, dass der Kanton 2022 den Einbürgerungsprozess digitaler ausgestallten wird. Dies wird sich in Zukunft auch positiv auf den Aufwand und somit auch auf die Gebühren in Uster auswirken.

LG Wahlen und Abstimmungen: In Zukunft soll bei Abstimmungen mit vielen Vorlagen bereits am Samstag mit den Arbeiten begonnen werden (Sortieren nach Vorlagen). Die Auszählung selbst erfolgt unverändert erst am Sonntag. Dazu braucht es vom Kanton eine Bewilligung. Aktuell laufen die Gespräche, um eine solche zu erhalten. Somit sollten Verzögerungen wie im März 2021 nicht mehr vorkommen. Am 13. Juni 2021 ist das bereits erfolgreich so umgesetzt worden. So lagen die Resultate trotz vieler Vorlagen und sehr hoher Stimmbeteiligung bereits um 14 Uhr vor

Das GF Steuerung und Führung hat mit Fr. 161'000 Mehrkosten abgeschlossen als Budget. Wir bedanken uns, für die ausführlichen Antworten, bei Barbara Thalmann und Pascal Sidler. Die KÖS hat den NPM-Bericht zum GF Steuerung und Führung einstimmig genehmigt und empfiehlt dem Gemeinderat dessen Annahme.

GF Präsidiales

Für die KÖS referiert **Natalie Lengacher** (Grüne): *Die Subkommission traf sich am 22. Juni 2021 mit Barbara Thalmann (Stadtpräsidentin) und dem Abteilungsleiter GF Präsidiales Christian Zwinggi. Die Jahresrechnung 2020 für das GF Präsidiales schliesst mit 3'922'000 Franken (Abschreibungen Fr. 38) und 153'000 über dem Budget bei 0.1 Stellen mehr.*

Das Geschäftsfeld war in der Pandemie zuständig für die Koordination des vom Stadtrat eingesetzten «Ausschusses Corona». Die Öffentlichkeitsarbeit war im Krisenstab involviert und die Standortförderung war Ansprechperson für alle wirtschaftlichen Akteure.

Öffentlichkeitsarbeit: Die Pandemie hat die Stadt Uster auch kommunikativ gefordert. Auf der städtischen Website wurde eine Corona-Seite aufgeschaltet mit Informationen zu nationalen und kantonalen Massnahmen sowie deren Auswirkungen auf lokaler Ebene. Die barrierefreie Kommunikation wurde in Zusammenarbeit mit der Koordinationsstelle Inklusion technisch und sprachlich auf der Website umgesetzt.

Standortförderung: Während der Pandemie stand die Standortförderung als zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für das Gewerbe zur Verfügung. Sie war Kontaktstelle für die städtische Notfallhilfe und setzte zusammen mit dem Verein Herzkern die Uster-Batzen-Aktion «9 für 8» um. Für die regionale Standortförderung wurde innerhalb der RZO eine neue Struktur erarbeitet. Die angeschlossenen Gemeinden werden 2021 über eine Verlängerung ihres Engagements entscheiden.

Projekte: Drei wichtige Projekte waren a) Entwicklung der Social-Media-Kanäle, b) Verlängerung des Projekts Herzkern und c) Organisationsentwicklungsprozess für die regionale Standortförderung.

Die Jahresrechnung des Geschäftsfeldes wurde mit 9:0 Stimmen angenommen.

GF Gesellschaft

Für die Kommission Bildung und Kultur (KBK) referiert **Andreas Pauling** (Grünliberale): *Die Pandemie hatte auch auf das GF Gesellschaft grosse Auswirkungen. Einerseits führte das Notbudget zu Minderausgaben, da Lohnmassnahmen nicht zu schon zu Jahresbeginn umgesetzt werden konnten. Andererseits konnten viele Veranstaltungen wegen Corona nicht durchgeführt werden was ebenfalls zu Minderausgaben führte.*

Das GF Gesellschaft schliesst 7.3% oder CHF 329'000 unter Budget inkl. Abschreibungen. Die LG Kultur verzeichnete die grössten Minderausgaben. Sie betragen CHF 222'000.-. Bei der LG Kindheit, Jugend und Inklusion ist die Rechnung mit CHF 103'000 auch bedeutend tiefer als das Budget. Die Stadtbibliothek und das Stadtarchiv schliessen ebenfalls leicht unter Budget. Der Personalbestand entwickelte sich wie geplant (+0.5 Stellen im Vergleich zu 2019).

Die Bewirtschaftung des Zeughausareals konnte im 2020 an den gleichnamigen Verein ausgelagert werden. Das Zeughausareal schloss 2020 mit einem fast ausgeglichenen Resultat. Es fehlten noch CHF 40'000 um die Aufwendungen aus dem Leistungskontrakt von CHF 230'0000 zu erreichen. Dies, nachdem im 2019 noch ein grosses Defizit resultierte. Die Sanierungsarbeiten im K1 und K2 konnten aufgrund der aufwändigen Planungs- und Bewilligungsverfahren noch nicht abgeschlossen werden.

Die geplanten Investitionen des GF Gesellschaft (CHF 100'000) wurden mit CHF 335'000 deutlich überschritten. Sie setzen sich wie folgt zusammen: Zwischennutzung/Sanierung K1 und K2 mit CHF 259'000, Vorleistungen KUZU CHF 46'000 und Beleuchtung Stadtbibliothek CHF 30'000. Die Investitionen beim Zeughaus bewegen sich innerhalb des vom Gemeinderats bewilligten Baukredits.

Weitere erwähnenswerte Punkte:

- *Für die Bibliothek Nänikon konnte zusammen mit dem Gemeindeverein Nänikon eine Lösung befunden werden. Sie wird ab 2021 nicht mehr Teil der LG Stadtbibliothek sein und direkt durch die LG Kindheit, Jugend und Inklusion unterstützt werden.*
- *Die LG Stadtbibliothek konnte ihr Angebot trotz Pandemie gut aufrechterhalten. Die Sonntagsöffnungen im Winter wurden von der Bevölkerung erneut rege genutzt.*
- *Das Stadtarchiv hat 2020 im historischen Archiv 50 Laufmeter neu erschlossen und zugänglich gemacht. Weil mit dem Bezug des neuen Standortes «Untere Farb» erst 2026 gerechnet werden kann, ist das Archiv auf externe Räumlichkeiten angewiesen. An der Zürichstrasse 7 wurde deshalb ein Provisorium realisiert.*

Das Geschäftsfeld Gesellschaft wurde am 21. Juni 2021 von der KBK mit 7:0 Stimmen gutgeheissen und beantragt dem Gemeinderat, das Geschäftsfeld Gesellschaft ebenfalls zu genehmigen.

GF Finanzen

Für die KÖS referiert **Christoph Keller** (SVP): *Ich berichte Ihnen für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit sowie für die Rechnungsprüfungskommission wie folgt aus dem Geschäftsfeld Finanzen.*

Die Rechnung 2020 schliesst um CHF 259'000.- besser ab als budgetiert. Der budgetlose Zustand Beginn des Rechnungsjahres sowie die Pandemieauswirkungen haben zu tieferen Investitionen geführt. Dadurch fallen die erfolgswirksamen Abschreibungen tiefer aus als budgetiert.

Der Personalbestand befindet sich 0.9 FTE-Einheiten unter Budget.

Die Finanzverwaltung konnte erfolgreiche die neue Anlagenbuchhaltung einführen.

Die Leistungsgruppe Finanz- und Rechnungswesen hat den digitalen Kreditorenprozess flächendeckend eingeführt. Dies fördert auf der gesamten Verwaltungsebene die home-office Möglichkeiten. Die Leistungsgruppe Steueramt führte aufgrund den Pandemiemassnahmen weniger Infoveranstaltungen und Schalterberatungen durch. Die Steuererklärungen konnten dadurch schneller bearbeitet und das Veranlagungsziel übertroffen werden.

Die Leistungsgruppe war und ist aufgrund der Pandemie gefordert. Der Umzug des Serverraumes vom Stadthaus zum Stadthaus West wurde auf die Zeit nach der Pandemie verschoben. Die Themen «Home Office» und Cybersicherheit werden mit Hochdruck bearbeitet.

GF Liegenschaften

Für die KÖS referiert **Monika Fitze** (SP): *Das Notbudget und die Pandemie hatten auch in diesem GF grossen Einfluss auf die Rechnungslegung. Der Bezug des neu renovierten Stadthauses, respektive des Stadthauses 2 waren Highlights für die Verwaltung.*

Generell wurde uns von der Verwaltung und dem zuständigen Stadtrat versichert, dass die besondere Lage vom Personal gut verkraftet wurde und die Hilfsbereitschaft untereinander stark zum Tragen gekommen sei. Durch die Pandemie und das Notbudget war die Arbeitsbelastung aber auf jeden Fall höher als in anderen Jahren.

In der LG Bewirtschaftung hat das Notbudget insbesondere in der Organisation von Instandstellungen zu Mehraufwand geführt. Schäden konnten wegen des Notbudgets nur notfallmässig repariert werden. Handwerker mussten teilweise mehrfach aufgeboten werden. Die Instandstellungen wurden dadurch zeit- und kostenintensiver.

In der LG Baumanagement konnten infolge des Notbudgets Projekte erst später gestartet werden. Architekten und Fachplaner mussten immer wieder vertröstet werden, Projekte mussten umorganisiert werden. Dadurch hatte die LG Baumanagement einen grossen Mehraufwand.

Die Massnahmen zur Pandemie hatten Auswirkungen auf die Mieteinnahmen.

Den Gewerbemietern wurde während des ersten Lockdown die Nettomiete um 60 Prozent erlassen und die Mietzinse generell auf Anfrage gestundet. Ausserdem wurden bei den einzelnen Raumvermietungen wie z.B. der Villa am Aabach die Mietzinse zurückerstattet. Die Erlasse belaufen sich auf rund 100 000 Franken

Der stetige Rückgang der Mietzinseinnahmen gab auch ausserhalb der Pandemie-Auswirkungen Grund für Diskussionen in der Kommission. Einige Leerstände gaben Grund zur Nachfrage. Es wurde uns allerdings aufgezeigt, dass aktuell alle nachgefragten Leerstände begründet sind, so wurde zum Beispiel die Bankstrasse 34 für die LG Asyl- und Flüchtlingskoordination umgebaut und anschliessend an diese vermietet.

Das GF Liegenschaften ist seit geraumer Zeit mit der „armasuisse Immobilien“ in Verhandlungen für einen Baurechtsvertrag für den Westteil des Zeughauses. Es wurde uns versichert, dass die Verhandlungen, bei welchen es langfristig um sehr hohe Summen geht, sehr aufwendig und komplex sind. Die spätere Ausgestaltung von Unterbaurechten dürfe dabei nicht ausser Acht gelassen werden.

Ziel ist es, den Baurechtsvertrag noch dieses Jahr zu beurkunden, damit er 2022 dem Volk zur Genehmigung vorgelegt werden kann.

Die Stadt Uster hat am 9. Oktober 2020 das Gütesiegel «European Energie Award Gold» erhalten. Das GF Liegenschaften hat bei den umgesetzten Massnahmen bei den öffentlichen Bauten und Anlagen (u.a. Energiebuchhaltung, im Baumanagement und in der Immobilienbewirtschaftung) einen wichtigen Beitrag geleistet.

Im letzten Budget haben wir diesem GF eine Reduktion von 5 % erhalten. Wir haben das wie folgt bemerkt: Den Kaffee mussten wir an einem anderen Ort einnehmen und der zuständige Stadtrat hatte ein Hemd mit gekürzten Ärmeln an. (Heiterkeit im Saal)

GF Infrastrukturbau und Unterhalt

Für die Kommission Planung und Bau (KPB) referiert **Peter Mathis-Jäggi** (SP): *Das Geschäftsfeld schliesst in etwa gleich zum Budget ab. Innerhalb aber sind diverse Differenzen zu entdecken.*

Kurz: Mit einem Fragenkatalog haben wir detaillierte Auskünfte und Hintergrundinformationen erhalten. Dazu einige Beispiele:

Gemäss GEP (genereller Entwässerungsplan) sind beim Trennsystem noch drei Entwicklungsgebiete vorhanden: Aathalstrasse (jetzt im Bau), Zeughaus-/Krämerackerstrasse und das Zentrum.

Bauverzögerungen führen zu Differenzen im Budget ebenso zu den Differenzen in der Investitionsrechnung. Schuld sind unterschiedlich nötige Bewilligungen und/oder Einwendungen. Als Beispiele erwähnt die Tumingerstrasse oder die Bachsanierung Riediker-/ Werrikerbach.

Den Indikator I02 „Fremdwasser bei Trockenwetter“ haben wir nach intensiver Diskussion so beibehalten.

Die KPB stimmt einstimmig zu.

GF Stadtraum und Natur

Für die KPB referiert **Ursula Räuftlin** (Grünliberale): *Das GF Stadtraum und Natur beantragte für das Jahr 2020 einen Globalkredit über CHF 5.682 Mio. exkl. Abschreibungen bzw. CHF 6.303 Mio. inkl. Abschreibungen und erzielte ein Ergebnis von CHF 5.426 Mio. exkl. bzw. 6.294 inkl. Abschreibungen. Die Kosten wurden also um CHF 256'000 bzw. 9'000 oder rund 4.5 % gegenüber dem Budget unterschritten, bzw. mit den Abschreibungen eine Punktlandung erreicht.*

Das Notbudget zu Beginn des Jahres und die direkt daran anschliessende Corona-Pandemie haben insbesondere dazu geführt, dass die budgetierten Projekte im ersten Semester 2020 nicht umgesetzt, bzw. später in Angriff genommen oder mit Verzögerungen bearbeitet werden konnten.

Für Investitionen im Geschäftsfeld Stadtraum und Natur waren CHF 3.07 Mio. vorgesehen. Realisiert wurden dann aber lediglich Investitionen im Umfang von CHF 1.552 Mio. in diesem GF. Verzögerungen gab es wiederum wie bereits Usus aus den vergangenen Jahren bei den Gewässerprojekten am Riediker- aber auch am Nänikerbach. Trotz der tieferen Investitionen lagen die Abschreibungen um CHF 247'000 über Budget.

Die vor einem Jahr noch offene Stelle konnte besetzt werden. Das GF weist noch eine Unterbesetzung von 30 Stellenprozenten auf.

Auf das Jahr 2020 hin wurde das GF neu organisiert. Die LG Projektentwicklung wurde aufgehoben und dafür aus der bisherigen LG Stadt- und Verkehrsplanung zwei separate LG gemacht. Insbesondere die Verkehrsplanung erhielt dadurch in der Stadt Uster mehr Gewicht. Es sind denn auch etliche Projekte aus dieser LG, die uns zurzeit stark beschäftigen. Namentlich seien hier das Projekt Bahnhofzentrum, das attraktive Stadtzentrum sowie die Projekte zur Verbesserung der Veloinfrastruktur genannt.

Die im Bericht noch fehlenden Zahlen für die Indikatoren der LG Verkehrsplanung wurden nachgeholt. Mit 4'407'490 Ein-/Aussteigern am Bahnhof wurden die budgetierten Zahlen deutlich unterschritten. Die Corona-Pandemie wird somit zu deutlichen Mehrkosten für die Gemeinden führen.

Der Reservefonds einzelnen Verkehrsbetriebe für ausserordentliche Zeiten wird diese Mehrkosten zu einem Teil abfedern können. Es wurde auch festgehalten, dass die Einführung der Linie 818 auf den Linien 812 und 817 zu einer deutlichen Verbesserung der Pünktlichkeit geführt hat. Diese konnte von 71% auf 94% bzw. 96% erhöht werden.

Das GF gab in der Kommission zu keinen weiteren inhaltlichen Diskussionen Anlass. Die KPB empfiehlt einstimmig die Annahme dieses Geschäftsfeldes.

GF Hochbau und Vermessung

Für die KPB referiert **Karin Niedermann** (SP): *Stadtrat Stefan Feldmann, Geschäftsfeldleiter Stefan Reimann und Stadttingenieur Andreas Frei haben den Jahresbericht 2020 mit den Kommissionsmitgliedern besprochen und alle Fragen offen und ausführlich beantwortet.*

GF Hochbau und Vermessung: Die Pandemie hatte im Jahr 2020 grossen Einfluss auf das GF Hochbau und Vermessung. Einerseits mit Erschwerung von Projekten, Abläufen und Prozessen, andererseits mit einer grossen Arbeitslast durch eine hohe Zahl von Baugesuchen. Der Globalkredit wurde um knapp 300'000 (knapp 18%) überschritten, was Minderträgen resp. Mehraufwänden für Baubewilligungen zugeschrieben werden kann.

LG Vermessung: Die von Bund und Kanton vorgesehenen Erneuerungen und Erweiterungen der amtlichen Messung konnten nicht wie geplant vorangetrieben werden. Das GIS INFRASTRUKTUR hingegen ist inzwischen bereit und wird zB von Polizei, für Uster Mäart Management und Schulhaus Management eingesetzt. Das Pilotprojekt Aufhebung Flurwege wiederum wurde durch die Pandemie massiv gebremst in der Umsetzung, weil dafür Präsenz Versammlungen mit den Eigentümern nötig sind.

Die Einnahmen durch Dienstleistungsentschädigungen und Nachführungsprojekte waren tiefer als budgetiert.

LG Baubewilligungen: Diese LG ist stark überlastet, durch steigende Menge und steigende Komplexität der Bausgesuche. COVID bedingt passierte eine unerwartete Zunahme der Gesuche, die Bauherren scheinen den Lockdown genutzt zu haben, um die Gesuche einzureichen; Die Komplexität bedeutet erhöhten Aufwand für die bearbeitenden Mitarbeitenden. Der Arbeitsanfall und die Kapazitäten der LG passen offenbar nicht zusammen. Mit dem neu eingeführten Retentionsmanagement, mit dem Gesuche aufgrund vorhandener Arbeitskapazität den Mitarbeitenden zugewiesen wird,

wurde sichtbar, dass die Gesuche erst mit 10 Wochen Verspätung überhaupt ins System eingegeben werden konnten. Der Stadtrat erkannte das Problem und genehmigte einen Sonderkredit, mit dem ein externes Mandat finanziert werden konnte, was zu einer Reduktion der Wartefrist auf 4 Wochen für Eingabe ins System führte. Indikator I 02 zeigt, dass 55% der Gesuche in der Verfahrensfrist erledigt wurden, die verzögerte Eingabe im System nicht eingerechnet. Es wurde angekündigt, dass im Budget 2022 eine 80%-Stelle beantragt werden soll, um der chronischen Überlastung des LG resp. der Mitarbeitenden entgegenzuwirken, ein Sinken der Anzahl Gesuche scheint unrealistisch. Hier noch ein Hinweis: der Stellenplan des GF scheint nicht ausgeschöpft, de facto werden die 1.9 Stellen aber über Stundenentschädigungen beansprucht.

Zum LG Architektur und Denkmalpflege: Der Tätigkeitsbericht lag bei der 2. Lesung zuhanden der KPB Mitglieder vor. Er ist informativ, schön und sorgfältig gemacht und zeigt erstmals den Vergleich von Bauten wie sie projiziert waren und was schlussendlich, das Ergebnis war. Mit sichtbaren Verbesserungen, die auch dank der LG Architektur und Denkmalpflege zustande kamen. Die KPB äusserte sich zufrieden bis begeistert über den Bericht.

Die KPB hat der Jahresrechnung 2020 des GF Hochbau und Vermessung einstimmig zugestimmt. Besten Dank an die Abteilung für die geleistete grosse und gute Arbeit!

Für die FDP/EVP-Fraktion referiert **Jürg Krauer** (FDP): Auf dem Bauamt prallen verschiedene Interessengruppen aufeinander: Investoren, Bauherren, Architekten, Handwerker, Stadtverwaltung, kantonale Stellen oder auch Gesetzgeber.

Nicht vergessen darf man aber auch die Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner von Uster. Wir alle wollen, dass sich die Stadt entwickeln kann und dies ist nun mal mit Bautätigkeit verbunden. In Anbetracht der diversen anstehenden Leuchtturm-Bauprojekte von privater und öffentlicher Seite sind wir auf einen funktionierenden Baubewilligungs-Prozess angewiesen.

Das Problem ist, dass viele dieser Interessen gegensätzlich sind und daher innerhalb des gesetzlichen Rahmens, aber auch mit einem gewissen Pragmatismus, ein Kompromiss zwischen allen Beteiligten gefunden werden muss.

Hört man sich auf der einen Seite bei den Bauherren, Architekten, lokalen und regionalen Handwerkern um, ist das Misstrauen gross. Und dieser Unmut hat in den letzten 2 - 3 Jahren offenbar zugenommen. Alles dauere viel zu lange, es sei wenig Pragmatismus vorhanden und einzelne Handwerker bevorzugen sogar Bauprojekte in anderen Gemeinden, weil diese planbarer sind. Da läuten die Alarmglocken.

Auf der anderen Seite zweifelt das Bauamt die Kompetenz der Architekten und Handwerker an, welche unvollständige Baugesuche einreichen und mangelhafte Gesetzeskenntnisse haben. Dies führt zu Rückweisungen und Nachbesserungen der Gesuche und dadurch zu einem erhöhten Aufwand und viel Unzufriedenheit auf allen Seiten.

In den letzten Jahren hat aber auch die Komplexität der Vorschriften massiv zugenommen. Auch dies erhöht den Aufwand bei allen Beteiligten. Dass die Probleme der zunehmenden Komplexität und des steigenden Aufwands mittlerweile erkannt wurden, kann im Protokoll der letzten Stadtratsitzung nachgelesen werden (Beschlussnummer 349). Gefordert sind daher auch unsere Kantonsräte, immerhin sitzen heute drei in diesem Saal – der vierte wird noch später zu uns kommen – und mit Stefan Feldmann ist sogar der zuständige Stadtrat in der Legislative des Kantons. Dort werden die Gesetze gemacht, dort können unsinnige Vorschriften gestrichen und die Bürokratie reduziert werden. Die Kantonsräte haben es in der Hand, dass das Baugesetz entsprechend angepasst wird. Gemäss den Kennzahlen hat sich die Anzahl eingereicherter Baugesuche im Jahr 2020 nur wenig erhöht, liegt sogar im Budget. Trotzdem musste man ein Retentionsmanagement einführen und vom Bezirksrat hat man einen schriftlichen Rüffel kassiert, da die gesetzlichen Fristen gemäss PBG nicht eingehalten wurden. Grund für die Überlast sind offenbar die aus den oben genannten Gründen aufgestauten Baugesuche aus den Vorjahren.

Die Situation ist also verzwickelt und es scheint, dass mangelnde Kommunikation und fehlendes Verständnis die Hauptgründe für den Unmut sind.

Wir alle wollen, dass sich Uster entwickeln kann, dies haben wir in unserem Stadtentwicklungskonzept (STEK) auch definiert. Es liegt dabei auch im Interesse des Bauamts, dass es nicht zum Bremsklotz der städtischen Entwicklungspläne wird. Das Bauamt muss daher künftig ein gewisses Augenmass in der Durchsetzung der Vorschriften walten lassen und sollte den Lead in einer verbesserten und einfachen Kommunikation zum Gewerbe übernehmen und insbesondere: Aktiv Aufklärung betreiben!

GF Bildung

Für die KBK referiert **Markus Wanner** (SP): *Die Subkommission der Kommission Bildung und Kultur traf sich am 12. Mai 2011 mit Stadträtin Patricia Bernet und Markus Zollinger, Abteilungsleiter Bildung für die Besprechung des NPM-Jahresberichtes 2010 des Geschäftsfeldes Bildung (Kapitel J) Der Globalkredit wurde um CHF 105'000.- unterschritten, das sind 6 %. Die grössten Abweichungen:*

- *Leistungsgruppe SPD CHF - 153'000. Geringere interne Verrechnungen aufgrund einer Leistungsüberprüfung und tiefere Personalkosten.*

Das Wichtigste zusammengefasst:

- *Im Vergleich mit anderen, ähnlich strukturierten Gemeinden weist die Ustermer Primarschulverwaltung (LG Schulverwaltung und LG Dienste) unterdurchschnittliche Kosten pro Schüler/in aus. Der Kostenvergleich basiert auf GEFIS-Daten (GEFIS = Gemeindefinanzstatistik Kanton Zürich).*
 - *Die Pandemie führte zu einer anhaltend starken Arbeitsüberlastung der Schulpsychologinnen und -psychologen und Wartefristen.*
 - *Der Zweckverband Schulgesundheitspflege betreibt u.a. die Schulzahnklinik. 2020 prüften die beteiligten Gemeinden, ob der Zweckverband aufgelöst werden soll und in welcher Form die Dienstleistungen weitergeführt werden können. Es wurden noch keine Entscheide getroffen.*
 - *Bei der Musikschule Planungen für neue Verträge mit den Subventionsbehörden auf Grund des neuen Musikschulgesetzes haben begonnen. Es wird voraussichtlich 2022 in Kraft gesetzt*
- Aufgrund der Mehrjahresplanung wurde im 2020 keine Wirkungsprüfung durchgeführt. Im ganzen GF Bildung wurden 15 Indikatoren festgelegt. Die Kommission Bildung und Kultur empfiehlt einstimmig, den NPM-Jahresbericht des GF Bildung zu genehmigen.*

GF Sicherheit

Für die KÖS referiert **Ivo Koller** (Grünliberale): *Die Zahlen im Geschäftsfeld Sicherheit wurden wild durcheinandergewirbelt. Der Vergleich zu den Zahlen vor der Pandemie ist wenig aussagekräftig. Im Endeffekt wurde der Globalkredit um knapp CHF 800'000.00 überschritten. Die Gründe dafür sind einleuchtend. Dafür verantwortlich sind massgeblich Mindereinnahmen durch eine schlechtere Auslastung beim AZ Riedikon, geringere Einnahmen durch den Verkauf von Parkkarten, weniger Gebühreneinnahmen aus Veranstaltungen und Märkten und schliesslich resultierten auch weniger Einnahmen aus Parkbussen.*

Verlass war zum Glück auf den motorisierten Individualverkehr. Durch Mehreinnahmen von CHF 380'000.00 bei den Geschwindigkeitsbussen konnte das Defizit des Globalkredits reduziert werden. Ich verzichte wiederum auf einen Schnellabriss durch die aktuellen Themenfelder im GF Sicherheit. Als einzigen Punkt möchte ich ganz kurz die Personalsituation bei der Stadtpolizei ansprechen. Die Verantwortlichen führten zum wiederholten Male aus, dass das aktuell bestehende Niveau ohne zusätzliche Stellenprozente nicht gehalten werden könne. So könne auch die Kontaktpflege zu ausländischen Kulturvereinen – ich verweise auf Indikator I 10 auf der Seite K/7 – nicht wie vom Gemeinderat eingefordert umgesetzt werden.

Hierzu wird sich der Gemeinderat beim anstehenden Budget äussern müssen, ob die Personalsituation verbessert oder Leistungen angepasst und konsequenter gesteuert werden sollen.

Die Stadtpolizei Uster und der Bevölkerungsschutz waren während des gesamten Lockdowns und dann während den Öffnungsschritten stark gefordert. Es gilt deshalb insbesondere in diesen herausfordernden Zeiten den PolizistInnen und Polizisten, den Angehörigen der Feuerwehr und des Zivilschutzes und den Seeretttern des Seerettungsdienstes unseren Dank für Ihren wertvollen Dienst auszusprechen.

Die KÖS empfiehlt das GF Sicherheit einstimmig zu genehmigen.

GF Publikumsdienste

Für die KÖS referiert **Silvan Dürst** (SVP): *Wie folgt berichte ich Ihnen über die wichtigsten Punkte aus der Jahresrechnung 2020 zum GF Publikumsdienste Der budgetierte Globalkredit für das Geschäftsfeld Publikumsdienste beträgt für das Jahr 2020 CHF 1.471 Millionen nach Abschreibungen. Gegenüber der Jahresrechnung 2020 wird das Budget um CHF 229'000 unterschritten. Ein erfreulicher Ausgang und beispielhaft für andere Geschäftsfelder. Allerdings sind auf Grund von Pensionierungen und Abgängen nicht alle Stellen voll besetzt gewesen. Leider mussten auf Grund der Pandemie einen Verlust der SBB Tageskarten von CHF 72'000 eingebüsst werden anstatt den CHF 22'000 Überschuss. Die KÖS empfiehlt die Jahresrechnung im Geschäftsfeld Publikumsdienste einstimmig zur Annahme.*

GF Recht und Vollstreckung

Für die KÖS referiert **Marius Weder** (SP): *Das vorliegend zu behandelnde Geschäftsfeld Recht und Vollstreckung gab weder in der Subkommission noch in der gesamten Kommission Anlass zu grossen Fragen oder Diskussionen. Betrachtet man die Zahlen, so fällt auf Seite M/2 auf den ersten Blick eine doch markante Abweichung von Minus CHF 97'000 auf Minus CHF 42'000 statt den budgetierten Plus CHF 55'000 auf. Hierzu ist allerdings zu erwähnen, dass dieses Minus im Aufwand effektiv ein Plus um diesen Betrag darstellt, die Stadt Uster hier also CHF 42'000 eingenommen statt der budgetierten CHF 55'000 ausgegeben hat. Vor einem Jahr betrug die Abweichung noch CHF 250'000, vorletztes Jahr CHF 96'000. Solche Abweichungen stellen hier mithin nicht die Ausnahme, sondern die Regel dar. Pandemiebedingt fiel diese Abweichung noch geringer aus, wobei diesbezüglich auf die Erläuterungen auf Seite M/1 zu verweisen ist. Selbst der schwarze Schwan Corona-Pandemie führte also nicht dazu, dass das vorliegende GF seinen Status als «Profit-Center» entsprechend der steten Budgetierung verloren hätte.*

In der Leistungsgruppe Stadtmann- und Betreibungsamt sind – wie bereits in den Vorjahren – höhere Gebühreneinnahmen als budgetiert angefallen. Anzumerken ist, dass sich die fraglichen Gebühren aus der Gebührenverordnung zum Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG) ergeben und in einem gewissen Prozentsatz zu den seitens der Gläubiger in Betreuung gesetzten Forderungen stehen.

Sodann sind bei der LG Stadtrichter die höhere Anzahl angezeigte Delikte bzw. ausgefallte Strafbefehle als budgetiert verantwortlich für den dortigen Ertragsüberschuss. Die Stadt hat also auf diesen durchaus erfreulichen Budget- bzw. Rechnungspunkt bei genauer Betrachtung keine relevante Einflussmöglichkeit.

Wie in den Geschäftsfeldern Sicherheit und Publikumsdienste wurde auch im vorliegenden Geschäftsfeld die Wirkungsprüfung im Jahr 2018 vorgenommen durch die Subkommission, so dass in diesem Jahr keine Wirkungsprüfung anfiel. Die nächste Wirkungsprüfung ist für 2022, basierend auf der aktuell laufenden Rechnung 2021 geplant.

GF Soziale Sicherheit

Für die Kommission Soziales und Gesundheit (KSG) referiert **Andrea Grob** (FDP): *Am 31. Mai 2021 konnten Hans Kehl und ich Fragen zum GF Soziale Sicherheit stellen. Vorab: Mit der Arbeit der Abteilung sind wir sehr zufrieden. Der Aufwandsüberschuss liegt zwar bei rund CHF 800'000. Begründet ist dieser einerseits im Bereich der Sonderschulheimplatzierungen mit rund 300'000. Die Platzierungsentscheide passieren bei der Primar- und Sekundarschulpflege aufgrund des kantonalen Volksschulgesetzes. Die restlichen CHF 500'000 fallen im Bereich der Sozialversicherungen an, hauptsächlich bei den Zusatzleistungen zur IV. Hier mussten beispielsweise in mehreren Fällen ausserordentlich hohe Nachzahlungen infolge rückwirkender Zusprechung einer IV-Rente und damit verbundenen rückwirkenden Ansprüchen auf Zusatzleistungen geleistet werden. Im Bereich AHV-Zusatzleistungen stiegen einerseits die Fallzahlen, andererseits erhöhten sich die Brutto-Heimkosten. Wir hatten dann noch u. a. folgende Fragen:*

Zur Familienergänzenden Betreuung (FEB) wollten wir wissen, inwieweit ist die Stadt Uster administrativ und finanziell verantwortlich für Familien ist, für welche sie keine subventionierten Krippenplätze anbieten kann. Die Antwort darauf ist etwas ausschweifend, sie sei in keiner Weise verantwortlich. Gemäss Gesetz dann aber verpflichtet, für ein Angebot familienergänzender Betreuung zu sorgen, welches dem Bedarf entspricht. Gemäss Volksentscheid stehen dafür jährlich 2 Millionen zur Verfügung. Im Klartext heisst das, gibt es zu wenig subventionierte und nicht subventionierte Plätze

kann man für den Ausbau des Betreuungsangebotes auch auf private, teurere Krippen zurückgreifen. Zu bezahlen haben die Kosten die Steuerzahler. Ganz interessant war dann aber noch die Information von Stadträtin Petra Bättig, wonach die Stadt Uster mit der privaten Kinderkrippe «Fugu» eine spezielle Vereinbarung treffen konnte. Dadurch dürften in Zukunft wohl genug subventionierte Plätze zur Verfügung stehen. Danke an die Abteilung Soziales für diesen Deal! Das nennen wir vorausschauende Planung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger.

Beim Kindes- und Erwachsenenschutz sticht ins Auge, dass der Indikator bei den fürsorgerischen Unterbringungen durch die KESB von budgetiert 18 auf effektiv 29 erhöht wurde. Das ist doch drastisch und begründet durch die Corona Pandemie. Wenn man bedenkt, dass der Indikator im Frühsommer 2019 budgetiert wurde, ist die krasse Steigerung durchaus nachvollziehbar. Zu diesem Zeitpunkt war COVID weder spür- noch sichtbar.

Wir empfehlen, die Rechnung für das Geschäftsfeld Soziale Sicherheit anzunehmen.

Präsidentin **Anita Borer** (SVP): Für die Pause von 19:27 Uhr bis voraussichtlich 19:50 Uhr müssen die Gesichtsmasken getragen werden.

GF Heime Uster

Für die KSG referiert **Beatrice Caviezel** (Grünliberale): *Globalkredit: Das Budget für das Geschäftsfeld Heime Uster belief sich auf -386'000 Franken. Die Rechnung schloss mit einem Plus von 1'049'000 Franken ab, was eine Abweichung von 1'435'000 Franken bedeutet. Im Gegensatz zur Rechnung 2018 beträgt der Unterschied mehr als 2.3 Mio. Franken, zum Jahr 2019 knapp 100'000 Franken. Im September wird im Rahmen Nachtragkredites 2020 COVID-19-Pandemie ein Kredit von 1'185'000 Franken bewilligt. Der Abschluss liegt um 250'000 Franken über dem bewilligten Kredit vom September.*

1'240'900 Franken sind direkt auf Mindereinnahmen und Mehraufwendungen in Bezug zur COVID-19-Pandemie zuzuschreiben, dabei stehen 1'808'000 Mehraufwendungen 568'000 Franken Einsparungen gegenüber.

Im GF Gesundheit sind durch die tiefere Bettenbelegung ein Plus von 1'287'000 Franken zu verzeichnen, was wir anschliessend noch hören werden.

Personal: Der Stellenplan wurde aufgrund der COVID-Pandemie und der Schliessung der Abteilung OG See mit 19 Betten um 15.4 Stellen gegenüber dem Budget auf 208.52 Stellen reduziert. Zudem wurden vakante Stellen verzögert besetzt. Im der LG Gesundheitsdienste konnten 9.8 Stellen, im LG Supportdienste 5.6 Stellen eingespart werden.

Das GF Heime Uster war geprägt durch die COVID-19-Pandemie. Die Heime Uster waren aufgrund dessen seit Anfang März im Ausnahmezustand. Sämtliche Projekte zur Angebotsentwicklung wurden daraufhin gestoppt, alle internen Anlässe und Treffen, Weiterbildungen, Ausflüge für Bewohnende abgesagt und das Restaurant für externe geschlossen. Die Kommunikation gegen innen und aussen gewann an Bedeutung. Um die Bewohnenden zu schützen wurden neue Besuchsregeln eingeführt. Ein Krisenstab wurde gebildet. Die Heime Uster erarbeiteten ein ausführliches COVID-Schutzkonzept, das mit einem Ampelsystem arbeitete.

Die Pandemie verlangte ein enormes Mass an Flexibilität bei den Mitarbeitenden trotz der hohen Belastung.

Die Abteilung OG See wurde im März aufgrund der tiefen Bettenbelegung, die sich bereits letzten Jahres abzeichnete, geschlossen. Jedoch musste sie kurzfristig während der 2. Welle erneut geöffnet werden.

Aufgrund des starken Rückganges an Neueintritten leiden die Heime auch heute noch an einer schlechteren Bettenauslastung. Die Mehrkosten sowie Mindereinnahmen sind beträchtlich.

Die LG Gesundheitsdienste war sehr gefordert. Die Mitarbeitenden mussten sich den immer neuen wechselnden Situationen stetig anpassen. Zudem waren die Bewohnenden sowie ihre Angehörigen stets gut zu betreuen, etwas das in einer Situation, die mit Angst und Unsicherheit einhergeht, sicher nicht einfach war.

Die Pensionstage im Gesamtheim nahm gegenüber dem Budget um 11% ab. Die Bettenauslastung sank auf 84.6%. Budgetiert war eine Belegung von 95%.

Die LG Supportdienste beschäftigte sich unter anderem damit rechtzeitig genügend und zertifiziertes Schutzmaterial zu erhalten, was vor allem im Frühjahr sehr aufwendig war. Im gesamten Bereich der Hygiene, Logistik und Raumnutzung mussten die Prozesse und Abläufe an die Vorgaben des Bundes und des Kantons angepasst werden.

Das Audit für die ISO-Zertifizierung konnte trotz Pandemie erfolgreich durchgeführt werden. Andere Projekte mussten verschoben werden.

Die Kennzahlen im Bereich der Gastronomie haben sich gegenüber dem Budget stark verändert. Die Verpflegungstage für Bewohnende sind aufgrund der tiefen Bettenauslastung um 11%, die Verpflegungstage für Mitarbeitende und Besucher aufgrund der Schliessung des Restaurants um 33% zurückgegangen.

Wir beantragen den Jahresbericht 2020 für das Geschäftsfeld Heime Uster gutzuheissen.

GF Spitex Uster

Für die KSG referiert **Beatrice Caviezel** (Grünliberale): *Globalkredit: Das Budget für das Geschäftsfeld Spitex Uster belief sich auf minus 373'000 Franken. Die Rechnung schloss mit - minus 1'129'000 Franken ab, was eine positive Abweichung von 756'000 Franken bedeutet. Als Gründe wurde das unruhige Geschäftsjahr mit erhöhter Nachfrage sowie mehr Einnahmen als erwartet, Personalausfälle sowie die umfangreiche COVID-Pandemie-Organisation angegeben.*

Der COVID-bedingte Mehraufwand betrug 190'000 Franken für Schutzmaterial, Hygiene- und Sicherheitsmassnahmen sowie Anpassung der Infrastruktur.

Im GF Gesundheit nahmen aufgrund der erhöhten Nachfrage die Beiträge an die Spitex um 599'000 Franken zu.

Stellen: Durch die erhöhte Nachfrage ergab sich eine Erhöhung der Stellen von budgetiert 61.5 auf 70.6 Stellen, was einer effektiven Erhöhung von 9.1 Stellen, sprich knapp 15% bedeutet. Im GF Spitex Uster betrug die Zunahme 1.5, in der LG Pflege 6.9 und im LG Hauswirtschaft und Dienste 0.7.

Das GF Spitex Uster war ebenfalls durch die COVID-19-Pandemie analog zu den Heimen stark gefordert. Organisation und Abläufe mussten der stetig wechselnden Pandemie-Entwicklung und den damit verbundenen Veränderungen und der erhöhten Nachfrage angepasst werden.

Das neue Finanzmanual und die neue Software «InterRAI» konnte trotz Pandemie umgesetzt werden. Zudem wurde in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Roten Kreuz der «SRK-Notruf» organisiert, der die Strategie «ambulant vor stationär» ergänzt. Das Angebot ist für die Spitex kostendeckend.

In der LG Pflege forderte der starke Anstieg der Leistungen durch die COVID-Pandemie die Planung und Organisation. Zur Optimierung wurde ein Einsatz-Planungsteam geschaffen, das organisatorisch der Verwaltung unterstellt wurde.

Die stärkere Nachfrage ist auch in den Indikatoren ersichtlich, die von budgetiert 46'310 Stunden auf 58'045 Stunden anwuchs, einer Zunahme von 11'735 Stunden oder 25% gegenüber dem Budget. Interessanterweise ist die Zunahme an Klienten gering. Dies bedeutet, dass die bereits vorhandenen Klientinnen und Klienten aufwendiger und zeitintensiver in der Betreuung sind.

Auch in der LG Hauswirtschaft und Dienste sind die hauswirtschaftlichen Leistungen gestiegen. Es wurden neben den Grundleistungen auch diverse Hilfestellungen zum Schutz von Risiko- und Hochrisikopatientinnen und -patienten erbracht.

Das Pilotprojekt «Spitex plus» (nicht subventionierte nicht pflegerische Zusatzleistungen) startete im Januar 2020. Das Angebot wird von den Spitex-Klientinnen und -klienten als wichtige, bedürfnisorientierte Leistungs-ergänzung genutzt.

In den Indikatoren ist die Zunahme der stärkeren Nachfrage ebenfalls ersichtlich. So nehmen die verrechneten hauswirtschaftlichen Stunden von 15'100 budgetierten Stunden auf 16'187 Stunden zu, was einer Zunahme von 1'087 Stunden oder ca. 7% entspricht.

Wir beantragen den Jahresbericht 2020 für das Geschäftsfeld Spitex Uster gutzuheissen.

GF Gesundheit und Alter

Für die KSG referiert **Silvio Foiera** (EDU): *Ich könnte es eigentlich kurz machen: Alles in Ordnung! Die Besprechung der Subkommission Gesundheit und Alter fand am Abend des 21. Juni im Stadthaus statt.*

Von Seiten Verwaltung und Stadtrat waren Stadträtin Karin Fehr Thoma, Abteilungsleiterin Gesundheit Anita Bernhard sowie Leiterin LG Abfallbewirtschaftung und LG Umwelt, Sarina Laustela anwesend.

Die Subkommission wurde durch die KSG Präsidentin Eveline Fuchs sowie Silvio Foiera vertreten. Synopsis: Das GF Gesundheit und Alter befindet sich in gutem Zustand, es gab ausser einigen Kleinigkeiten keine fragwürdigen oder erklärungsbedürftige Posten, welche vertiefter Abklärung bedürft hätten.

Vorab wurden keine Fragen eingereicht. Die spontan gestellten Fragen konnten zur Zufriedenheit der anwesenden Kommissionsmitglieder beantwortet werden.

Zusätzlich zur Rechnungsbesprechung fand die periodische Wirkungsprüfung der beiden LG Abfallbewirtschaftung und Umwelt statt.

LG Abfallbewirtschaftung und Umwelt: Die Recycling-Quote sowie die Kosten für die Abfallbewirtschaftung bewegen sich im Bereich der Zielvorgaben.

Hinzugekommen sind Indikatoren zu Energieverbrauch sowie CO₂-Emissionen pro Einwohner und Jahr. Nach einer ersten Abschätzung im Budget, wurden diese Indikatoren nun erstmalig mit aktuell erhobenen Daten angepasst. Eine Auswertung dieser Indikatoren macht daher frühestens ab 2025 Sinn, um einen minimal statistisch relevanten Datensatz zu erhalten und Trends sowie Bestrebungen abschätzen zu können.

LG Fachstelle Alter: Keine Anmerkungen.

Globalkredit: Vom budgetierten Globalkredit in Höhe von 939kCHF wurden 758kCHF ausgeschöpft. Somit verbleibt ein Restbetrag von 181kCHF innerhalb Budget was einem Ratio von 80.1% entspricht.

Inkl. Beiträge an Heime und Spitex wurden vom genehmigten Globalkredit in Höhe von 14'575kCHF deren 13'718kCHF ausgeschöpft, wobei hiervon 12kCHF nicht vorgängig budgetierte Abschreibungen des GF sind.

Fazit: Die Kommission Soziales und Gesundheit genehmigt den Rechnungsbericht der Subkommission in der Sitzung vom 28. Juni 2021 einstimmig und beantragt dem Gemeinderat den Bericht sowie die Rechnung des Geschäftsfeldes Gesundheit und Alter zur Abnahme.

GF Sport

Für die KBK referiert **Barbara Schäufele-Keel** (SVP): *Die Covid-Pandemie hat auch das GF Sport stark beeinflusst. Alle Sportanlagen mussten aufgrund der Pandemie von Mitte März bis Mitte Mai ganz geschlossen werden. Diese Tatsache führt dazu, dass das GF Sport einen Aufwandsüberschuss von 62.9% aufweist und die Jahresrechnung 2020 der Stadt Uster stark belastet.*

Das Geschäftsfeld Sport schliesst das Jahr 2020 mit einem Aufwand von Fr. 6.742 Mio. und somit Fr. 2.604 Mio. über dem Globalbudget 2020 ab. Die Abweichung von Fr 2.604 Mio. setzt sich wie folgt zusammen:

Bei den LG Sportanlagen fehlen Fr. 566'000 an Einnahmen für die Benützungsgebühren der Turnhallen, Aussenanlagen sowie die entfallenen Eintritte im Hallenbad und in den Freibädern.

Der Überzug bei den Abschreibungen um Fr. 2.1 Mio. ist auf die ausserordentliche Abschreibung der temporären Dreifachhalle zurückzuführen.

Das Notbudget zu Beginn des Jahres 2020 hatte auf den Globalkredit des GF Sport keine Auswirkungen. Die benötigten, aber nicht zeitkritischen Beschaffungen wurden nach der Aufhebung des Notbudgets getätigt.

Bei den Investitionen sind Fr. 2.1 Mio. für den Kunstrasen in der Sportanlage Buchholz angefallen, budgetiert waren für 2020 Fr. 900'000. Diese Abweichung ist auf den Umstand zurückzuführen, dass der Kunstrasen ursprünglich im 2019 geplant und budgetiert war (2019 war darum auch um 1.227 Mio. tiefer ausgefallen). Sowie nicht geplante Investitionen von knapp Fr. 700'000 für die dringende Sanierung des Beckensystems im Strandbad.

Die vorgezogenen Investitionen der Sanierung der Becken sowie der Badwassertechnik des Strandbades erfolgen in den Jahren 2020 und 2021. Damit wird Investitionsplanung 2022ff um Positiv ist, dass das Angebot zu freiwilligen Schulsport im 2020 ausgebaut wurde und auf grosses Interesse stösst. Neu kann ein noch vielfältigeres Programm präsentiert werden. Das Geschäftsfeld Sport gab in der Sachkommission kein Anlass für grössere Diskussionen und wurde 7:0 (abwesend 2) gutgeheissen.

3.4 Sozialbehörde

GF Sozialhilfe

Für die KSG referiert **Martin Camponovo** (SP): *Vorneweg das Wichtigste: Der Globalkredit des Geschäftsfelds Sozialhilfe wurde um 244 000 Franken überzogen und beträgt für das Berichtsjahr 2020 total exklusive Abschreibungen 10,955 Millionen Franken. Ausschlaggebend dafür waren höhere Sozialhilfe-Fallkosten. Nun zu den einzelnen Leistungsgruppen:*

LG Sozialhilfe: Der Nettoaufwand für die Finanzierung von Kinder- Jugendheimen stieg gegenüber dem Jahr 2019 von 1,4 Millionen Franken auf 2,1 Millionen Franken im Berichtsjahr 2020. Grund dafür ist der Anstieg von 31 auf 41 in Heimen platzierte Kinder. Aufgrund der kantonalen Volksabstimmung vom 24. September 2017 muss die Stadt Uster seit dem Jahr 2018 wieder die Kosten übernehmen. In den Jahren 2016 und 2017 kam wegen eines Gerichtsentscheids für kurze Zeit der Kanton dafür auf.

Für die Finanzierung der beruflichen und sozialen Integrationsangebote ab 2021 genehmigte der Gemeinderat an seiner Sitzung vom 8. Juni 2020 einen jährlich wiederkehrenden Kredit in der Höhe von 200 000 Franken. Die Angebote des Vereins für berufliche und soziale Integration «also!» und der städtischen Asyl- und Flüchtlingskoordination «Vamos» wurden im Berichtsjahr aktualisiert und am 1. Januar dieses Jahres in die Leistungsgruppe «Integrationsangebote», die dem Geschäftsfeld «Sozialhilfe» zugeordnet ist, integriert. Die Angebote der beiden bisherigen Anbieter wurden per Ende 2020 eingestellt.

LG Sozialberatung: Der wegen der Corona-Pandemie erwartete Anstieg der Fallzahlen blieb im Berichtsjahr aus. Im Gegenteil: Dank vielfältiger Massnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie, insbesondere der Verlängerung der Rahmenfrist bei der Arbeitslosenversicherung, der Kurzarbeitsentschädigungen sowie der Nothilfe für Selbstständig-Erwerbende konnten die Fallzahlen als auch die Anzahl unterstützte Menschen entgegen aller Erwartungen gesenkt werden.

Mit 9,76 Millionen Franken fiel der finanzielle Bruttoaufwand für die ausgerichteten Sozialhilfeleistungen im 2020 um 650 000 Franken höher aus als im Vorjahr. Die durchschnittlichen Sozialhilfekosten pro Fall und Person stiegen an. Ein wesentlicher Grund dafür sind die durch die KESB angeordneten Kinderschutzmassnahmen. Die Kinder- und Jugendheimkosten stiegen im Vergleich zum Jahr 2019 um rund 600 000 Franken auf brutto rund 2,4 Millionen Franken, die Kosten für die sozialpädagogischen Familienbegleitungen um 80 000 Franken auf brutto rund 200 000 Franken. 49% der ausbezahlten Sozialhilfeleistungen konnten im Berichtsjahr durch Einnahmen gedeckt werden. Erstmals seit mehreren Jahren stieg die Anzahl der Personen, die aus den unterschiedlichsten Gründen auf Begleitung und Unterstützung durch Berufsbeistände angewiesen sind, nicht an. Es hat sich bewährt über 60 Jahre alte verbeiständete Menschen an durch die Pro Senectute begleitete private Beistände zu übergeben. Damit konnte die Berufsbeistandschaft der Stadt Uster entlastet werden. Ab 2022 wird die Berufsbeistandschaft als eigene Leistungsgruppe geführt.

LG Asyl- und Flüchtlingskoordination: Per 1. Januar 2020 wurde die Zuweisungsquote des Kantons auf 0,5% der Bevölkerungszahl gesenkt. Insgesamt wurden vom Kanton im Berichtsjahr 28 Asylsuchende zugewiesen. Trotzdem blieb die Anzahl der Asylsuchenden in der Stadt Uster im 2020 mit insgesamt 105 Menschen unverändert, da sich die Neuzuweisungen und die Ablösungen die Waage hielten. Bei den Zuweisungen stieg der Anteil der Menschen mit sozialen und gesundheitlichen Problemen und oft auch mit Bildungsdefiziten. Zugenommen hat der Anteil derjenigen Personen, deren Asylgesuch rechtskräftig abgelehnt wurde oder ein Härtefallgesuch hängig ist. Dies lag aber nicht an der Stadt Uster, sondern daran, dass der Kanton vermehrt solche Menschen zuwies. Für sie wurden keine Integrationsmassnahmen finanziert und wegen der Corona-Pandemie seit März letzten Jahres auch keine Kurse, die Freiwillige erteilten, mehr angeboten.

Die gegenwärtig 87 vorläufig aufgenommenen Menschen mit Ausweis F, die weniger als 7 Jahre in der Schweiz sind, wurden hauptsächlich durch geeignete berufliche Integrationsmassnahmen unterstützt und gefördert. Mit den vom Kanton ausgerichteten Pauschalen konnten die Gesamtkosten für diese Personen nicht gedeckt werden, von der Stadt Uster zu tragen waren netto 316 605 Franken. Für Menschen, welche schon länger als 7 Jahre in der Schweiz leben (im 2020 waren es in Uster 10 Personen) musste die Stadt die gesamten Asylfürsorge- und Integrationskosten im Betrag von rund 70 000 Franken netto übernehmen. Von 44 auf 48 Personen zugenommen hat die Anzahl anerkannter Flüchtlinge und der vorläufig aufgenommenen Flüchtlinge. Für sie werden die Kosten für Sozialhilfe und Integration während den ersten 10 Jahren vollständig durch den Kanton refinanziert. Wegen der Corona-Pandemie mussten die Bildungs- und Arbeitsintegrationsangebote von «Vamos» stark eingeschränkt werden. Die Auslastung betrug im Jahresschnitt 66%. Trotzdem konnte dank der Integrationsangebote für 33 (43 im Jahr 2019) Menschen eine Arbeits- bzw. Lehrstelle vermittelt werden.

Zum Schluss ein Dankeschön an die Adresse von Stadträtin Petra Bättig und Abteilungsleiter Armin Manser für die zur vollen Zufriedenheit beantworteten Fragen. Die KSG hat dem GF Sozialhilfe einstimmig zugestimmt. Deshalb plädiere ich ebenfalls für Zustimmung zum Jahresbericht des Geschäftsfelds Sozialhilfe.

3.5 Primarschulpflege

GF Primarschule

Für die KBK referiert **Markus Wanner** (SP): *Der Globalkredit, ohne Zusatzkredit, wurde um CHF 1'586'000 unterschritten, das sind 4 %. Ohne Berücksichtigung der Abschreibungen beträgt die Unterschreitung 2'094'000. Die grossen Abweichungen wurden anlässlich Besprechung in der Subkommission detailliert dargelegt. Die grössten Abweichungen:*

- *Leistungsgruppe Regelunterricht CHF – minus 1'046'000
Der Gemeindeanteil an die kantonal besoldeten Lehrpersonen wurde zu hoch budgetiert. Es wurden weniger Vikariate gebraucht und Minderaufwand bei der Aus- und Weiterbildung.*
- *Leistungsgruppe Sonderpädagogik CHF – minus 1'103'000
Verminderte Nettoaufwendungen für die externe Sonderschulung. Weniger Transportkosten und geringerer Personalaufwand für DaZ-Unterricht und Psychomotorik.*

Das Wichtigste zusammengefasst:

- *Im August 2019 setzte die Primarschule Markus Zollinger als Gesamtschulleiter ein. Im Juni 2020 wurde im Rahmen der Organisationsentwicklung die Stellen der Abteilungsleitung Bildung mit der Gesamtschulleitung zusammengeführt. Die Primarschulpflege passte die Geschäftsordnung und das Funktionendiagramm entsprechend an. Mit dieser neuen Organisationsstruktur wird die pädagogische Schulführung umgesetzt.*
- *Die Evaluationen (intern und extern) zum Projekt Tagesschule wurden durchgeführt und die entsprechenden Schlussberichte liegen vor.*
- *Das Ziel, eine Schule für alle zu sein, beschäftigt die Sonderpädagogik weiterhin. Wo sind die Grenzen von Integration? Wie kann Kindern, welche extern beschult werden, eine Chance auf Reintegration angeboten werden? Wie entsteht eine tragfähige Schul- und Unterrichtsgemeinschaft, die Kindern mit den unterschiedlichsten Bedürfnissen adäquate Lernangebote machen kann?*

Im ganzen GF Primarschule wurden 19 Indikatoren festgelegt. Im Rahmen der Wirkungsprüfung wurde der Regelunterricht geprüft.

Die Kommission Bildung und Kultur empfiehlt einstimmig, den NPM-Jahresbericht des GF Primarschule zu genehmigen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 33:0 Stimmen:

- 1. Der NPM-Jahresbericht 2020 wird genehmigt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

4 Weisung 75/2021 des Stadtrates: Jahresrechnung 2020

Gemeinsame Behandlung mit TOP 3 (Weisung 69/2021).

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 33:0 Stimmen, die Jahresrechnung und die Sonderrechnungen 2020 der Stadt Uster wie folgt zu genehmigen:

- 1. Die Erfolgsrechnung mit einem Gesamtaufwand von CHF 262'441'691.39 und einem Gesamtertrag von CHF 256'865'347.16 schliesst mit einem Aufwandsüberschuss von CHF 5'576'344.23 ab.**
- 2. Die Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen mit Ausgaben von CHF 32'700'022.98 und Einnahmen von CHF 1'097'500.04 schliesst mit Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen von CHF 31'602'522.94 ab.**
- 3. Die Investitionsrechnung Finanzvermögen mit Ausgaben von CHF 4'068'418.12 und Einnahmen von CHF 1'349'131.52 schliesst mit Nettoinvestitionen Finanzvermögen von CHF 2'719'286.60 ab.**
- 4. Die Bilanzsumme beträgt CHF 559'508'887.77.**
- 5. Der Aufwandsüberschuss der Erfolgsrechnung wird dem Bilanzüberschuss belastet. Dadurch vermindert sich der Bilanzüberschuss auf CHF 286'013'045.52.**
- 6. Mitteilung an den Stadtrat und den Bezirksrat Uster.**

5 Weisung 74/2021 der Sekundarschulpflege: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2020 der Sekundarstufe

Rolf Denzler (SVP, Nänikon) und Ulrich Schmid (CVP, Nänikon) ausgeschlossen (Art. 4 GO Sekundarschulgemeinde).

Für die Kommission Bildung und Kultur (KBK) und die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Walter Meier** (EVP): *Die KBK hat die Jahresrechnung 2020 der Sekundarstufe Uster am 21. Juni 2021 diskutiert, die RPK am 5. Juli 2021:*

Die Sek Uster hat im Jahr 2020

- Fr. 28'137'024.02 ausgegeben und
- Fr. 27'986'499.03 eingenommen, was einen Verlust von
- Fr. 150'524.99 ergibt.

Budgetiert war ein Verlust von Fr. 604'200. Investiert wurden „nur“ Fr. 207'593.15. Die Selbstfinanzierung beträgt 1,871 Mio. Damit können die Investitionen finanziert werden.

Die Corona-Pandemie hat verschiedentlich Spuren hinterlassen:

- *In der Leistungsgruppe Behörde + Verwaltung wurden rund 45'000 nicht ausgegeben, weil verschiedene Anlässe nicht stattfinden durften (Jahresabschlussessen, Klausur usw.).*
- *In der LG SSU Allgemein wurden rund 56'000 für Hygieneauflagen benötigt. Die nicht durchgeführten Klassenlager, Exkursionen, Schulreisen und weitere Sachkosten führten zu Corona-bedingten Minderausgaben von 210'000 in der LG Unterricht.*
- *Bei der LG Liegenschaften steht Corona-bedingter Mehraufwand für Reinigung Corona-bedingtem Minderaufwand im Bereich sonstiger Personalaufwand entgegen.*
- *Bei der Spur+ gab es ebenso Corona-bedingte Mindereinnahmen und Minderausgaben. Diese halten sich ungefähr die Waage.*
- *Bei der BWS konnte eine Stelle Corona-bedingt nicht besetzt werden. Und auch hier konnten verschiedene Lager, Exkursionen usw. nicht durchgeführt werden. Zudem führen Sparmassnahmen und die Corona-bedingte Digitalisierung zu geringeren Ausgaben bei den Lehrmitteln. Das alles führte bei der BWS zu Minderkosten in der Höhe von 200'000.*
- *Auch die KuSs schliesst das Jahr besser als budgetiert ab. Hier belaufen sich die Corona-bedingten Minderaufwendungen auf 57'000.*

Weitere zu erwähnende Punkte

- *Die ICT-Anschaffungen konnten aus dem Globalkredit (laufende Rechnung) finanziert werden. Es wurde kein Investitionskredit gebraucht.*
- *Es gingen mehr Schülerinnen und Schüler ins Gymnasium (als budgetiert); daraus resultiert ein höherer um 107'000 höherer Betrag, welcher dem Kanton abgeliefert werden musste.*
- *Die Unterhaltskosten bei den Liegenschaften liegen bei 0.55 % des Gebäudeversicherungswertes. Das ist relativ wenig; geht man doch davon aus, dass in normalen Jahren 2 % aufgewendet werden sollen. Eine externe Analyse der Firma immoprogress hat bestätigt, dass die Gebäude auf aktuellem Stand sind und mit den geplanten baulichen Massnahmen z.B. im alten Schulhaus Krämeracker und in der BWS keine zusätzlicher Bedarf besteht.*
- *Der Finanzausgleich wird fast 900'000 unter Budget ausgewiesen.*

Fazit: Auch mit diesem Verlust von 0.15 Mio. ist die Sek Uster gut aufgestellt. Das Eigenkapital ist mit rund 47 Mio. sehr hoch und das Nettovermögen liegt bei rund 10 Mio. Die Finanzsituation der Sek Uster kann als gesund bezeichnet werden.

Die RPK hat den Bericht der BDO zur technischen Prüfung zur Kenntnis genommen. KBK und RPK stimmen Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2020 einstimmig zu und beantragen dem Gemeinderat das Gleiche zu tun.

Der Präsident der Sekundarschulpflege, **Benno Scherrer**, verzichtet auf eine Stellungnahme.

Für die SP-Fraktion referiert **Angelika Zarotti** (SP): *Auch dieses Jahr zeigen die drei Leistungsgruppen eine hohe Budgetdisziplin, was sehr erfreulich ist und wir bedanken uns dafür. Die Jahresrechnung schliesst mit einem Aufwandsüberschuss von 150'500 Fr., budgetiert war Fr. 604'200, investiert wurden aber nur Fr. 207'593.15. Das Resultat ist daher zufriedenstellend, weil der Investitionsanteil in den letzten 2 Jahren viel zu tief war. Wie wir auch letztes Jahr darauf hingewiesen haben, muss aber der Investitionsanteil langfristig erhöht werden. Auch in der Sekundarschule hat Corona ihre Spuren hinterlassen. Einerseits konnten Veranstaltungen, Lager und Anlässe nicht durchgeführt werden, was zu Minderausgaben führten, andererseits mussten aber zusätzliche Ausgaben für Hygiene-Massnahmen getätigt werden. Zudem brauchte es auch einen Mehrbedarf an sonderpädagogischen Massnahmen.*

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Walter Meier** (EVP): *Wir haben es bereits gehört. Die Finanzlage der Sekundarstufe Uster ist gesund. Es warten zwar einige Investitionen in der BWS und bei den Turnhallen im Krämeracker. Die Finanzierung dieser Investitionen wird kein Problem darstellen, da man bei der Sek Uster eine Selbstfinanzierung von knapp 2 Mio. pro Jahr erwartet und immer noch 10 Mio. Nettovermögen vorhanden sind. Die Grünliberale/EVP-Fraktion ist stolz auf die Sek Uster mit ihren drei speziellen Schulen BWS, KuSs und Spur+. Sie alle machen einen hervorragenden Job, wofür wir herzlich danken.*

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 31:0 Stimmen (2 Ratsmitglieder in Anwendung von Art. 4 GO Sekundarschulgemeinde ausgeschlossen und abwesend), den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2020 der Sekundarstufe wie folgt zu genehmigen.

- 1. Die Erfolgsrechnung mit einem Gesamtaufwand Fr. 28'137'024.02 und einem Gesamtertrag Fr. 27'986'499.03 schliesst mit einem Aufwandsüberschuss von Fr. 150'524.99 ab.**
- 2. Die Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen mit Ausgaben von Fr. 207'593.15 schiesst mit Nettoinvestitionen von Fr. 2 07'593.15 ab.**
- 3. Die Bilanzsumme beträgt Fr. 49'258'243.72.**
- 4. Der Aufwandsüberschuss der Erfolgsrechnung wird dem Bilanzüberschuss belastet. Dadurch vermindert sich der Bilanzüberschuss auf Fr. 4'387'471.20.**
- 5. Mitteilung an die Sekundarschulpflege und den Bezirksrat Uster.**

6 Kennnismnahmen

Referendumsfristablauf

Die Frist für das Referendum über die Weisung 72/2020 der Primarschulpflege (GRB 8.2.2021) ist am 19. April 2021 unbenutzt abgelaufen (vergleiche Seite 1046).

Schriftliche Anfragen

Folgende Anfrage ist eingereicht worden:

- 652/2021 von Paul Stopper (BPU) vom 28. Juni 2021: Hochwasser-Rückhaltebecken im Aathal oberhalb des Trümpler-Areals im Zusammenhang mit dem Ausbau der SBB-Strecke auf Doppelspur (Bahn-Tunnel)

Folgende Anfragen sind beantwortet worden:

- 633/2021 der FDP/CVP-Fraktion vom 16. März 2021: Massnahmenplan Klima, nächste Schritte (Stadtratsbeschluss vom 15. Juni 2021)
- 636/2021 der FDP/CVP-Fraktion vom 7. April 2021: Mittel- und langfristige Finanzplanung für die Stadt Uster (Stadtratsbeschluss vom 6. Juli 2021)
- 639/2021 von Angelika Zarotti (SP) und Ali Özcan (SP) vom 8. April 2021: „Mietzinserslass auf städtische Liegenschaften“ (Stadtratsbeschluss vom 29. Juni 2021)
- 642/2021 von Balthasar Thalmann (SP) vom 12. April 2021: „Corona-Massnahmen – was waren und sind die Auswirkungen auf Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene?“ (Stadtratsbeschluss vom 29. Juni 2021)
- 645/2021 von Urs Lüscher (EVP) und Walter Meier (EVP) vom 6. Mai 2021: Velofahrende Kinder auf dem Trottoir (Stadtratsbeschluss vom 29. Juni 2021)
- 646/2021 von Paul Stopper (BPU) vom 6. Mai 2021: Doppelspurausbau der SBB-Linie Uster-Aathal, Bereich Oberuster bis ehemalige ARA Aathal (Stadtratsbeschluss vom 22. Juni 2021)
- 647/2021 von Andrea Grob (FDP), Ulrich Schmid (CVP), Silva Dürst (SVP), Matthias Bickel (FDP) und Marc Thalmann (FDP) vom 7. Mai 2021: Anwendung des Submissionsreglements inklusive der ergänzenden Einkaufsempfehlungen der Stadt Uster (Stadtratsbeschluss vom 6. Juli 2021)
- 648/2021 von Barbara Schäufole-Keel (SVP), Hans Denzler (SVP) und Hans Keel (SVP) vom 21. Mai 2021: „Kulturgelder: Wer verteilt welches Stück vom Kuchen?“ (Stadtratsbeschluss vom 22. Juni 2021)

Grüne-Fraktion

Natalie Lengacher übernimmt ab 23. August 2021 von Patricio Frei das Präsidium der Grüne-Fraktion.

Die Ratsmitglieder haben erhalten am

- 28. Juni 2021: Heime Uster, Zeitschrift „Intermezzo“, Juni 2021
- 5. Juli 2021: Primarschule, Elterninformation, Ausgaben Juli 2021
- 12. Juli 2021: Gemeinderat, Einladung zum Jahresschluss-Essen auf Freitag, 24. September 2021, 18:15 Uhr im Bildungszentrum Uster
- 12. Juli 2021: Primarschulpflege, Schülerprognosen und Schulraumplanung, Unterlagen für die interne Informationsveranstaltung vom 6. September 2021, 18 Uhr (3 Dokumente)

Die Mitglieder der Kommission Planung und Bau haben erhalten am

- 28. Juni 2021: Stadtbildkommission, Tätigkeitsbericht 2020 (vom März 2021)
- 12. Juli 2021: Stadtbildkommission, Einladung zur Sitzung auf Freitag, 16. Juli 2021, 15:30 Uhr

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 6. September 2021 statt.

Für das Protokoll

Der Ratssekretär
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

15.7.2021

Die Präsidentin
Anita Borer

tt.mm.2021

Die Stimmzähler
Karin Niedermann

Ursula Räuftlin

Balthasar Thalmann